

Lorenz, Hanno; Christl, Michael

**Book — Published Version**

## Armut: Ungleichheit & Verteilung

*Suggested Citation:* Lorenz, Hanno; Christl, Michael (2015) : Armut: Ungleichheit & Verteilung, ISBN 978-3-200-04247-6, Agenda Austria, Vereinigung für wissenschaftlichen Dialog und gesellschaftliche Erneuerung, Wien,  
<https://www.agenda-austria.at/publikationen/armut-ungleichheit-verteilung/>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/119606>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Armut

Ungleichheit & Verteilung



**Agenda**  
Austria



# Von Armut, Ungleichheit und Verteilung

Hanno Lorenz  
Michael Christl

Herausgegeben von der Denkfabrik



[www.agenda-austria.at](http://www.agenda-austria.at)

Autoren: Mag. Hanno Lorenz und Mag. Michael Christl

Herausgeber: Dr. Franz Schellhorn

Koordination: Brigitte Auer, B.A.

August 2015 – 1. Auflage

© Agenda Austria, Vereinigung für wissenschaftlichen Dialog und gesellschaftliche Erneuerung, Wien.

Gestaltung und Satz: Regula Widmer, Hanna Bischof, Therese Wagner

Infografiken: Agenda Austria

Lektorat: Mag. Cornelia Mayrbäurl, Dipl.-Kulturw. Univ. Katharina Ebner

Begutachtung: PD Dr. Gerhard Reitschuler

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung des Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

Die Studie verwendet allein aus Gründen der leichteren Lesbarkeit durchgängig die grammatikalisch männliche Form.

„Ohne Geld wäre die  
Armut gar nicht denkbar“

Gerhard Polt

# Inhaltsverzeichnis

## 07 Vorwort

Warum dieses Buch?

## 11 Einleitung

## 17 Armut

18 Wer ist in Österreich arm?

23 Wer ist in Österreich armutsgefährdet?

## 37 Die Verteilung der Einkommen

37 Welche Einkommen werden gemessen?

39 Wie wird die Ungleichheit einer Verteilung gemessen?

42 Was beeinflusst die Verteilung der Einkommen?

43 Alternde Bevölkerung

44 Teilzeitarbeit

45 Bildung

45 Haushaltsstruktur

46 Migration

47 Die Verteilung der Haushaltseinkommen in Österreich

50 Die Verteilung der Lohneinkommen in Österreich

- 59 Die Verteilung von Vermögen
- 61 Was ist Vermögen?
- 61 Welche Funktionen hat Vermögen?
- 62 Wer besitzt Vermögen?
- 63 Wie wird Vermögen gemessen?
- 68 Wie sind Vermögen in Österreich verteilt?
- 71 Warum ist Vermögen in Österreich so ungleich verteilt?
  - 71 Der Wohlfahrtsstaat als Paradoxon
  - 74 Haushaltsstruktur
  - 75 Alter
  - 76 Mieter oder Eigentümer?
  - 80 Armer Norden, reicher Süden?
  - 85 Geldpolitik
- 87 Einmal vermögend, immer vermögend?
  
- 91 Verteilung und Armut global
- 91 Das Elend verliert an Kraft
- 94 Die Entwicklung der globalen Einkommensverteilung
- 107 Die Vermögensverteilung global oder: Der raffinierte Alarmismus von Oxfam
  
- 113 Zusammenfassung
  
- 119 Literatur





## Warum dieses Buch?

2014 war das Jahr des Thomas Piketty. Sein umfangreiches Werk „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ wurde weltweit diskutiert, vielerorts mit großer Begeisterung. Und das, obwohl die Kernaussage seiner Arbeit durchaus Bedrückendes zu Tage fördert: Die Kluft zwischen Arm und Reich werde immer größer, sie drohe ähnliche Ausmaße anzunehmen wie zu Zeiten Charles Dickens'. Zuvor hatte schon Papst Franziskus in seinem allerersten Apostolischen Schreiben „Evangelium Gaudium“ die wachsende Ungleichheit angeprangert, nun lieferte Piketty den statistischen Beweis.

Oder auch nicht. Denn sein großer Erfolg wurde ihm gleichermaßen zum Verhängnis. Das mediale Interesse weckte die Neugier der Ökonomen-Zunft, in deren Zirkeln Pikettys Ansichten wissenschaftlich weitgehend widerlegt wurden.<sup>1</sup> In den Reihen der Kritiker finden sich auch angesehene Ökonomen der Linken, wie Peter Bofinger<sup>2</sup>, der darauf hinweist, dass Piketty selbst es sei, der seine Thesen im eigenen Werk widerlegt. In dasselbe Horn stößt der liberale Ökonom Karl-Heinz Paqué.

07

<sup>1</sup> Siehe u.a. Mankiw (2014): „Yes,  $r > g$ . So what?“, Ray (2014): „Nit-Piketty: A comment on Thomas Piketty's Capital in the Twenty-first Century“, Homburg (2014): „Critical remarks on Piketty's ‚Capital in the Twenty-first Century‘“, Sinn (2014): „Thomas Pikettys Weltformel“, Paqué (2014): „Der Historizismus des Jakobiners. Anmerkungen zum Buch ‚Capital in the Twentyfirst Century‘ von Thomas Piketty“, Rognlie (2014): „A note on Piketty and diminishing returns to capital“.

<sup>2</sup> Siehe Peter Bofinger: „Die Formel hakt an den empirischen Daten“ in der FAZ vom 15.05.2014, „Harsche Kritik an den Thesen des ‚neuen Marx‘“.

Ungeachtet dessen hat Piketty aber zweifellos den Nerv der Zeit getroffen. Nicht nur Spitzenökonomien wie Anthony Atkinson und Joseph Stiglitz preisen sein Werk. Vielmehr gilt der Befund, „die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer“ in der breiten Bevölkerung als allgemein akzeptiert. Ungleichheit wird mehrheitlich abgelehnt, ohne aber der Frage nachzugehen, wie viel Gleichheit eine Volkswirtschaft verträgt. Gleichheit wird in der Bevölkerung mit Chancengerechtigkeit, Ungleichheit mit Ungerechtigkeit gleichgesetzt. Hinzu kommt der Begriff Armut, der heute eine gänzlich andere Definition erfährt als noch zu Zeiten unserer Großeltern.

Die beiden Volkswirte Hanno Lorenz und Michael Christl versuchen nicht, mit dieser Arbeit die Armut und die Armutsgefährdung kleinzureden. Oder gar der wachsenden Ungleichheit das Wort zu reden. Ihr Anliegen ist eine nach Kräften sachliche Begriffsklärung. Und Antworten darauf zu liefern, wie Ungleichheit und Armut zusammenhängen. Zu überprüfen, ob die Einkommensschere tatsächlich aufgeht – und wenn ja, wo die Gründe dafür liegen. Zu ergründen, warum in kaum einem anderen Land Vermögen so ungleich verteilt sind wie in Österreich.

Ziel ist es, Ihnen mit diesem Handbuch zum Thema Armut und Ungleichheit eine Art Taschenlampe in die Hand zu drücken, mit der Sie leichter durch den dichten Begriffsdschungel finden mögen.

Eine angenehme Reise wünscht Ihnen

Franz Schellhorn  
Direktor der Agenda Austria



## Einleitung

Ungleichheit mit Ungerechtigkeit gleichzusetzen, ist vermutlich einer der gängigsten Irrtümer unserer Zeit. Ungleichheit kann sehr vielschichtig und unterschiedlich begründet sein. Heute in einem Entwicklungsland das Licht der Welt zu erblicken, verringert die Chancen auf ein selbstständiges Leben frei nach seinen Wünschen und Talenten und ist daher ungerecht. Verdient aber jemand, der viel arbeitet, mehr Geld als jemand, der aus freien Stücken weniger arbeitet, verfügen beide über ein ungleiches Einkommen. Die wenigsten Menschen werden das als ungerecht empfinden. Auch hinsichtlich Größe, Aussehen und Talent sind wir Menschen ungleich. Das mag man als ungerecht empfinden. Es gibt allerdings keinen gesellschaftlichen Konsens darüber, solche den Menschen in die Wiege gelegte Ungleichheiten per staatlichem Eingriff zu beseitigen. Anders verhält es sich bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Kaum jemand wird argumentieren wollen, dass Menschen verarmten, weil Steve Jobs so viele iPhones verkaufte. Oder Bill Gates so viele Betriebssysteme. Oder Dietrich Mateschitz so viele Energy-Drinks. Aber eine Vielzahl von Menschen hält eine Steuer auf das Vermögen dieser außerordentlich wohlhabenden Personen für gerecht. Nicht zuletzt mit dem Argument, damit für mehr Gleichheit und Gerechtigkeit zu sorgen. Dabei sollte das Ziel nicht

sein, die Wohlhabenden ärmer zu machen, sondern die Armen wohlhabender. Also eine möglichst große Zahl von Menschen am wachsenden Wohlstand zu beteiligen. „Es macht den Kleinwüchsigen nicht größer, wenn man das Wachstum des Großen mit pharmazeutischer Gewalt stoppen würde. Genauso ist und bleibt es eine Illusion zu glauben, dass eine Schwächung der Starken die Schwachen stärkt“,<sup>3</sup> meint hingegen der Ökonom Thomas Straubhaar.

Eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich wird per se als ungerecht empfunden, verbunden mit dem Glauben, dass eine möglichst gleichmäßige Verteilung von Einkommen und Vermögen Vorteile für alle brächte. In der Ökonomie ist es hingegen eine allgemein akzeptierte Erkenntnis, dass ein gewisses Maß an Ungleichheit Voraussetzung für wirtschaftliche Dynamik ist.<sup>4</sup> Selbst Thomas Piketty weist in seinem Werk „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ immer wieder darauf hin. Viel schwieriger ist die Frage nach der richtigen Balance zwischen Wohlstandsverteilung und wirtschaftlicher Effizienz zu klären. Oder anders gefragt: Wie viel Ungleichheit braucht eine Gesellschaft und wie viel verträgt sie? Wie viel Gleichheit braucht eine Gesellschaft, wie viel verträgt sie? Eine Debatte, die mit dem Ökonomen Simon Smith Kuznets vor 60 Jahren, also lange vor Piketty, begonnen hat. Kuznets zeigte einen empirischen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Einkommensungleichheit. Abhängig vom Entwicklungsstand der Volkswirtschaft

<sup>3</sup> Siehe Thomas Straubhaar: „Nicht das Erben, die Erben sollten besteuert werden“, in: Die Welt, vom 18.05.2015.

<sup>4</sup> Aufstiegschancen sind auf individueller Ebene wichtige Anreize. Ein gewisses Maß an Ungleichheit fördert so Innovation und Effizienz und letztlich das Wachstum.

nimmt die Ungleichheit in aufstrebenden Nationen zuerst zu, bevor sie nach Erreichen eines gewissen Entwicklungsniveaus mit dem Wachstum wieder abnimmt. Der mit der Globalisierung einhergehende soziale und wirtschaftliche Aufstieg vieler Millionen Menschen drängte die Diskussion über die wachsende Ungleichheit in den folgenden Jahren wieder in den Hintergrund. Der abrupte Wachstumsstopp im Zuge der Finanzkrise holt die Frage nach der gerechten Verteilung von Profit und Kosten von Risiken im Kapitalismus wieder vor den Vorhang. Gerne übersehen wird in der emotional aufgeladenen Debatte, dass nicht jeder Anstieg der Ungleichheit zu einer ökonomischen oder gesellschaftlichen Krise führt. So schafften es beispielsweise in Asien Millionen von Menschen aus der bittersten Armut aufzusteigen, was auch dazu führte, dass die Verteilung im Land ungleicher wurde.

Oft wird vergessen, dass nicht jede Form der Egalisierung wünschenswert ist. Piketty etwa zeigt, dass die beiden verheerenden Weltkriege zu einer erheblich gleicheren Verteilung in Europa führten. Nur die Wenigsten werden argumentieren, dass die Kriegsjahre in Europa zu den glücklichen und erstrebenswerten zu zählen wären.

Es gibt reichlich Gründe, anzunehmen, dass nicht der Kampf zwischen Arbeit und Kapital für die Entwicklung der Ungleichheit in den letzten Jahren verantwortlich ist, sondern ganz andere Faktoren.



Etwa die Veränderung von Haushaltsstrukturen: Die sinkende Anzahl von Personen pro Haushalt verringert Einkommen, Vermögen und Verbrauch der Haushalte. Die sinkenden Geburtenraten führen zu einer Alterung der Gesellschaft. Der frühere Auszug des Nachwuchses aus dem Elternhaus ist ein Zeichen des Wohlstands einer Gesellschaft, wirkt aber in seiner Tendenz spreizend auf die Verteilung, da Vermögen und Einkommen dieser Personen oftmals nur gering sind. Beim Bildungsgrad der Familienmitglieder gibt es in Österreich erhebliche Unterschiede, welche wiederum Einkommensunterschiede erklären können. Zusätzlich ist der Trend zur Individualisierung unübersehbar – mehr Singlehaushalte, die einkommensschwächer sind – oder das „assortative mating“<sup>5</sup>, was erhebliche Auswirkungen auf die gemessene Ungleichheit hat, ohne dass hierdurch irgendeine Person durch Ausbeutung vom Kapital benachteiligt wird.<sup>6</sup>

All diese Probleme seien über eine gerechtere Verteilung des Kuchens zu beseitigen, ist immer wieder zu hören. Allein wenn sich die Reichen mit einem kleineren Stück zufrieden gäben, bliebe der breiten Masse mehr übrig. Unterstellt wird, der Kuchen sei ein statisches Objekt. Das ist er aber nicht. Der Kuchen wächst oder schrumpft, je nach wirtschaftlicher Entwicklung. Er ist auch kein Nullsummenspiel, in dem die Reichen den Armen etwas wegessen. Ein kleineres Stück für die Reichen bedeutet noch lange nicht mehr Kuchen für die Ärmern. Wie ein größeres Stück für die Armen

<sup>5</sup> Der Trend dazu den Lebenspartner mit gleichem sozioökonomischen Hintergrund (Bildung, Gesellschaftsschicht, Einkommen) auszuwählen, was wiederum die gesellschaftliche Durchmischung hemmt.

<sup>6</sup> Siehe Sachverständigenrat (2009); sowie Greenwood et al. (2014).

nicht gleichbedeutend mit einem kleineren Stück für die Reichen ist.

Die Verteilungsdebatte ist wichtig, sie verfehlt aber so gut wie immer den wahren Kern: Wie ist es möglich, dass angesichts des wachsenden Massenwohlstands die Zahl der Armutsgefährdeten immer weiter steigt? Wieso sind ausgerechnet in hervorragend ausgebauten Sozialstaaten wie Österreich oder Schweden die Vermögensunterschiede so groß? Warum gibt es in Österreich so viel Armut, obgleich der Staat Jahr für Jahr Milliarden (2014 waren es mehr als 90 Milliarden Euro) für Soziales ausgibt? Warum sind Vermögen in Ländern mit Vermögens- und Erbschaftssteuern nicht gleichmäßiger verteilt als in Staaten ohne diese Abgaben?

Auf all diese Fragen wird dieses Handbuch Antworten geben.



## Armut

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Das zumindest wird in fast allen öffentlichen Diskussionen behauptet und als gegeben hingenommen. So wie auch die Behauptung, dass Arme immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, als ein allgemein gültiger Befund wahrgenommen wird. Der Paritätische Wohlfahrtsverband<sup>7</sup> verkündete im Frühjahr 2015 sogar, dass die Armut in der Bundesrepublik Deutschland auf einem historischen Höchststand angekommen sei. Das Wort „historisch“ gilt allerdings nur für die Zeitspanne 2005 bis 2015. Wer diese Behauptungen zu hinterfragen gedenkt, macht sich verdächtig, ein Söldner des Kapitals zu sein. Dabei ist das Hinterfragen derartiger Pauschalbehauptungen durchaus hilfreich. Es zeigt nämlich, dass die Wohlfahrtssysteme deutlich besser funktionieren als von deren Proponenten gerne behauptet wird. Hätten sie nämlich mit ihren düsteren Befunden Recht, wären die Wohlfahrtsstaaten europäischer Prägung gescheitert. Deren Ziel war ja nicht die Erhöhung der Armut, sondern deren Verringerung.

Wovon aber ist die Rede, wenn in reichen Ländern heute von Armut gesprochen wird? Und ist es wirklich so, dass es den sozial Schwächeren in Ländern wie Österreich oder Deutschland so schlecht geht wie nie zuvor? Wer Armut hört, denkt unweigerlich an

<sup>7</sup>Pressemeldung vom 19.02.2015 des Paritätischen Rheinland-Pfalz/Saarland: „Armut auf Höchststand: Studie belegt sprunghaften Armutsanstieg in Deutschland“.

Obdachlose oder hungernde Kinder in unterentwickelten Ländern. Aber nicht daran, dass in wohlhabenden Ländern wie Österreich jeder siebte Mensch armutsgefährdet ist. Das liegt vor allem einmal daran, dass in Industrieländern andere Definitionen als in Entwicklungsländern gelten. Jeder Arme eines Entwicklungslandes wäre auch in Österreich arm, während viele der hierzulande als armutsgefährdet geltende in unterentwickelten Ländern zum Mittelstand gehörten. In Österreich waren 2013 1,2 Millionen Menschen armutsgefährdet – aber nicht obdachlos. Ganz im Gegenteil, Obdachlose werden in der Statistik nicht einmal berücksichtigt, weil sie über keinen offiziellen Haushalt verfügen und somit von der Statistik nicht erfasst werden.

## Wer ist in Österreich arm?

Wer weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag zur Verfügung hat, gilt weltweit als arm. Diese stark benachteiligten Menschen können die elementaren Bedürfnisse des Lebens – Ernährung und Wohnraum – nicht decken. Da sich die Lebenshaltungskosten aber zwischen den Ländern erheblich unterscheiden, wird dieser Wert über die Kaufkraft in den Ländern definiert. Auch geht es ab einem gewissen Wohlstandsniveau der Gesellschaft nicht mehr nur um die Sicherung von Wohnraum und

Ernährung. In den Industrienationen kommen deshalb vermehrt relative Armutsdefinitionen zum Einsatz. Wenn in Österreich über Armut gesprochen wird, geht es im Grunde um drei Definitionen von Armut und sozialer Ausgrenzung:

- » Armutsgefährdung
- » materielle Deprivation
- » Leben in einem Haushalt mit niedriger (oder keiner) Erwerbsbeteiligung

Als armutsgefährdet gelten alle Personen, deren verfügbares Einkommen weniger als 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens<sup>8</sup> erreicht. Es handelt sich hierbei um jene Personen, deren Einkommen deutlich (40 Prozent) unter dem mittleren äquivalisierten<sup>9</sup> Nettohaushaltseinkommen (nach Steuern und Transfers) liegen. Anders ausgedrückt: Personen, die weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung haben.

<sup>8</sup> Das Medianeinkommen ist jenes Einkommen, welches man erhält, wenn die Einkommen der Größe nach gereiht werden und gleich viele Einkommen höher wie niedriger sind als jenes Einkommen.

<sup>9</sup> Aufgrund besserer Vergleichbarkeit werden die Haushaltseinkommen nach der Anzahl der Haushaltsmitglieder gewichtet. So bekommt die erste erwachsene Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jede weitere erwachsene Person im Haushalt 0,5 und jedes Kind 0,3 als Gewicht. Teilt man das Haushaltseinkommen durch die Summe der Gewichte, so ergibt sich das äquivalisierte Haushaltseinkommen pro Kopf.

Von materieller Deprivation wird gesprochen, wenn drei der folgenden neun Merkmale zutreffen.

1. Der Haushalt kann unerwartete Ausgaben in Höhe von 1.000 Euro nicht tätigen.
2. Der Haushalt kann sich nicht leisten, einmal im Jahr Urlaub zu machen.
3. Der Haushalt kann sich nicht leisten, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen.
4. Der Haushalt kann sich nicht leisten, Miete und Betriebskosten pünktlich zu zahlen oder Kredite fristgerecht zu bedienen.
5. Der Haushalt kann sich den Erwerb und Betrieb eines PKW nicht leisten.
6. Der Haushalt kann sich nicht leisten, die Wohnung angemessen warm zu halten.
7. Der Haushalt kann sich den Ankauf eines Farbfernsehers nicht leisten.
8. Der Haushalt kann sich ein Telefon oder ein Handy nicht leisten.
9. Der Haushalt kann sich eine Waschmaschine nicht leisten.

Wer also weniger als 1.000 Euro angespart hat, sich keinen PKW und keinen Urlaub leisten kann, ist von materieller Deprivation betroffen. Das gilt zum Beispiel für viele Studentenhaushalte, deren Bewohner sich wundern würden, wenn sie wüssten, dass sie, statistisch gesehen, von sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Werden gar vier der erwähnten Kriterien erfüllt, ist von erheblicher materieller Deprivation die Rede.

Leben Menschen in Haushalten unterhalb der Armutsschwelle oder in materieller Deprivation oder mit geringer oder keiner Erwerbsbeteiligung, werden sie als ausgrenzungsgefährdet bezeichnet.

Geringe oder keine Erwerbsbeteiligung im Haushalt ergibt sich dann, wenn die Haushaltsmitglieder weniger als 20 Prozent ihres möglichen Arbeitspotenzials ausschöpfen.<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Haushalt, in dem die Personen zwischen 18 und 59 Jahren (ausgenommen Studierende) im Laufe eines Jahres insgesamt weniger als 20 Prozent der maximal möglichen Erwerbsmonate ausschöpfen.



## Armutsdefinitionen – Vergleich

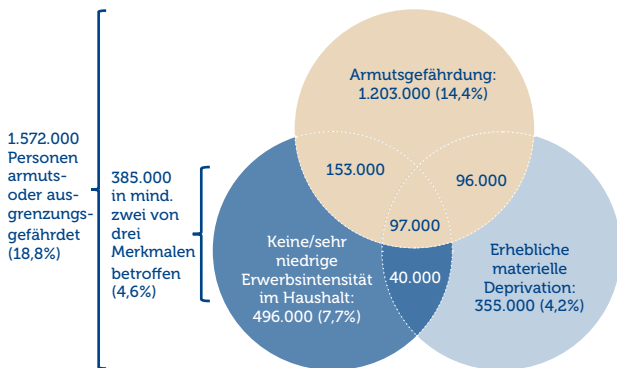


Abb. 1

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013.

Unter Berücksichtigung dieser drei Aspekte sind in Österreich laut EU-SILC<sup>11</sup> rund 1,6 Millionen Personen armuts- oder ausgrenzungsgefährdet<sup>12</sup>. Wobei auf sechs Prozent von ihnen alle drei Indikatoren zutreffen. 2013 waren das 97.000 Personen.

<sup>11</sup> European Union Statistics on Income and Living Conditions.

<sup>12</sup> Leben Menschen in Haushalten unterhalb der Armutsschwelle oder in materieller Deprivation oder mit geringer oder keiner Erwerbsbeteiligung, werden sie als ausgrenzungsgefährdet bezeichnet.

## Wer ist in Österreich armutsgefährdet?

Als armutsgefährdet gilt hierzulande ein Singlehaushalt mit einem verfügbaren Einkommen unterhalb von 1.161 Euro pro Monat. Also nach Abzug von Steuern und inklusive aller Transfers. Diese Summe entspricht 60 Prozent des mittleren Einkommens (Medianeinkommens). Sie entspricht einem Erwerbseinkommen von 1.418 Euro (1.858 Euro inklusive Arbeitgeberanteil) vor Steuern im Monat.<sup>13</sup>

Die Armutsgefährdung ist laut Eurostat kein Indikator für Wohlstand oder Armut.<sup>14</sup> Sie misst also weniger die Armut im eigentlichen Sinn als das Verhältnis der unteren Einkommen zum Medianeinkommen. Das ist insofern wichtig, weil diese Art der Messung zu kuriosen Ergebnissen führen kann. Dies wird umso deutlicher, wenn man bedenkt, dass ein abruptes Absinken aller Einkommen im gleichen Ausmaß an der Armutsgefährdung nichts ändern würde. Und das, obwohl sich alle weniger leisten könnten, also deutlich ärmer wären. Dasselbe gilt, wenn alle Einkommen im selben Ausmaß steigen würden, also alle mehr Geld zur Verfügung hätten. In Irland etwa ist die Armutsgefährdung seit Ausbruch der Krise im Jahr 2008 bis zum Jahr 2013 um 1,4 Prozentpunkte gesunken. Der Grund dafür ist nicht, dass Menschen plötzlich mehr Geld zur Verfügung gehabt hätten, sondern dass das jährliche

<sup>13</sup> Laut Bundesministerium für Finanzen, ohne Berücksichtigung von möglichen Absatzbeträgen.

<sup>14</sup> Siehe Eurostat ([http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Glossary:At-risk-of-poverty\\_rate/de](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Glossary:At-risk-of-poverty_rate/de))

Medianeinkommen um 2.400 Euro gesunken ist, der Rückgang bei den unteren Einkommen aber weniger stark war. Den schlechter Verdienenden in Irland geht es 2013 im Vergleich zu 2008 also verhältnismäßig weniger schlecht als den Beziehern mittlerer Einkommen. Aber auch die Ärmern können sich weniger leisten als vor der Krise.

Österreich hat eine deutlich bessere wirtschaftliche Entwicklung als Irland hinter sich. Mit der Folge, dass die verfügbaren Haushaltseinkommen gewachsen sind – und damit die Einkommensschwelle, ab der hierzulande jemand als armutsgefährdet gilt. Seit 1999 ist diese Grenze um 61,5 Prozent gestiegen, während das allgemeine Preisniveau „nur“ um 36 Prozent zugelegt hat.<sup>15</sup> Das verfügbare Nettoeinkommen ist also fast doppelt so schnell gestiegen wie die allgemeinen Preise. Eine Person, die heute an der Armutsgefährdungsgrenze lebt, kann sich um ein Viertel mehr an Produkten leisten als jemand, der 1999 an dieser Schwelle stand.

<sup>15</sup> Durch mehrfache Veränderung in der Datenerhebung (zuletzt 2008) ist der Vergleich jedoch mit Vorsicht zu genießen. Die Aussage hält aber auch für den Zeitraum seit 2008 (Anstieg des Medianeinkommens um 20 Prozent, gegenüber einer Preisentwicklung von +12 Prozent). Seit 2008 hat es keine Veränderung in der Erhebung mehr gegeben.

## Entwicklung der Armutsgefährdungsgrenze und der Inflation

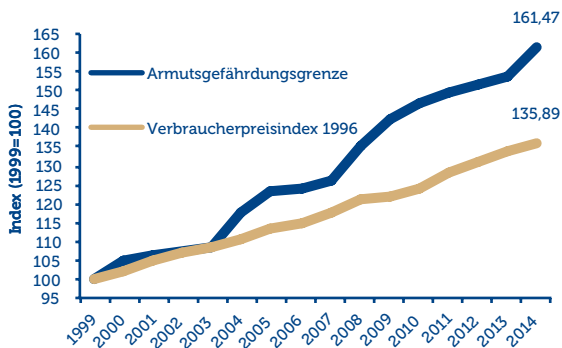


Abb. 2

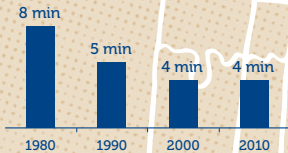
Quelle: EU-SILC, Statistik Austria, eigene Berechnungen.<sup>16</sup>

<sup>16</sup> Seit 2008 werden zusätzlich zu den Daten aus EU-SILC, wo Personen zu ihrem Einkommen befragt werden, auch Verwaltungsdaten (wie Steuerdaten) für die Erhebung der Armutsgefährdung berücksichtigt. Somit sind die Daten vor 2008 mit jenen danach nur begrenzt vergleichbar. Die Entwicklung seit 2008 zeigt jedoch den gleichen Trend wie vorher.

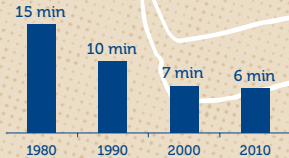
# Alles wird immer teurer! Wird es?

Wie viele Minuten für diese Produkte gearbeitet werden muss:

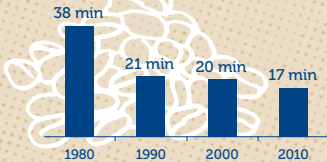
## 1 Liter Vollmilch



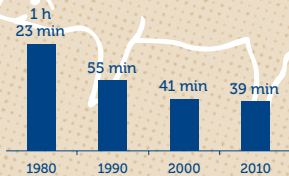
## 250 g Teebutter



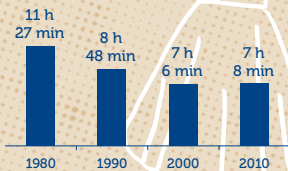
## 500 g Kaffeebohnen



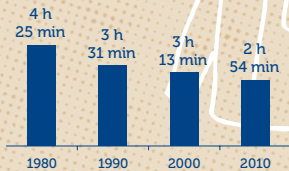
## 1 kg Schweinefleisch



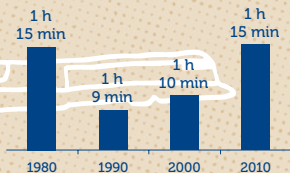
## Damenkleid



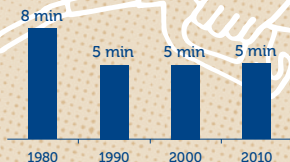
## Herrenhemd



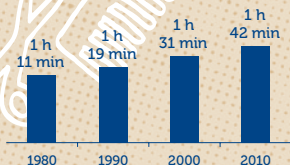
### 100 km Bahnfahrt (2. Klasse)



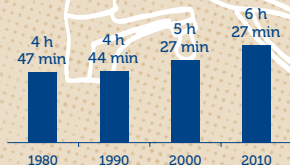
### 1 Liter Superbenzin



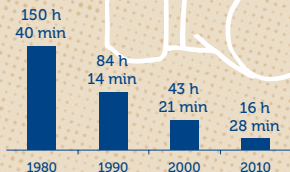
### Friseurbesuch



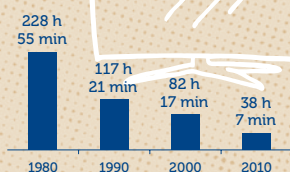
### 1 h Installateur



### Spiegelreflexkamera



### Farbfernsehgerät

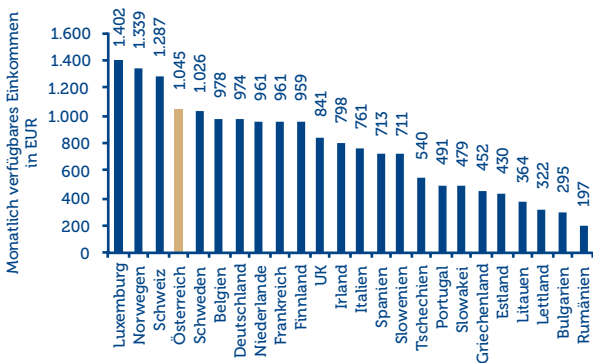


Quelle: WIFO (2010) und WIFO (2011).

Anmerkung: Preisentwicklung laut VPI. Stundenverdienst: durchschnittlicher Nettostundenverdienst eines Industriearbeiters einschließlich Sonderzahlungen.

Wie bereits erwähnt, ist in Österreich jemand armutsgefährdet, der pro Monat weniger als 1.161 Euro netto zur Verfügung hat. Um diese Zahl EU-weit vergleichbar zu machen, wird sie kaufkraftbereinigt. Das Preisniveau ist in Österreich höher als in anderen EU-Ländern, weshalb man sich hierzulande um dieselbe Summe weniger Güter kaufen kann. Im EU-Vergleich gilt daher als armutsgefährdet, wer weniger als 1.045 Euro pro Monat zur Verfügung hat (siehe Abbildung 3):

### Armutsgefährdungsgrenzen im EU-Vergleich in Euro (kaufkraft- und wechsellkursbereinigt, 2013)



Auffallend ist, dass man in Österreich besonders schnell armutsgefährdet ist: Lediglich Luxemburg, Norwegen und die Schweiz haben noch höhere Armutsgrenzen als Österreich. Dies bedeutet, dass ein Österreicher, der knapp unter der Armutsgefährdungsgrenze liegt, in Deutschland, Dänemark, Finnland oder den Niederlanden nicht als armutsgefährdet gelten würde. Erfreulicherweise ist die Armutsgefährdung in Österreich seit Ausbruch der Krise dennoch rückläufig:

### Entwicklung der Armutsgefährdungsquote (in Prozent der Bevölkerung) in Österreich

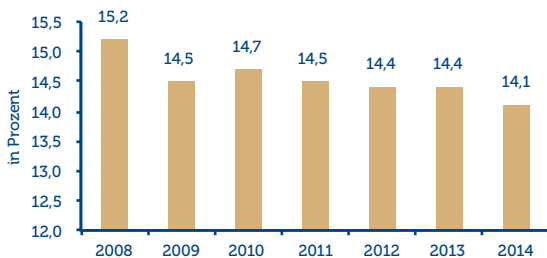


Abb. 4  
Quelle: EU-SILC.



Es ist Österreich also seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise gelungen, die Armutsgefährdung von 15,2 auf 14,1 Prozent zu reduzieren. Das trotz einer rasant gestiegenen Einkommensschwelle, ab der hierzulande jemand als armutsgefährdet gilt. Während auf europäischer Ebene die Armutsgefährdung zunimmt. Es ist also nicht ganz von der Hand zu weisen, dass die Umverteilung im österreichischen Sozialstaat durchaus Erfolge aufweisen kann. Viel Geld wird umverteilt, das sein Ziel auch erreicht. Unberührt von diesem Befund bleibt die Frage, ob mit den jährlich umverteilten Milliarden (2014: mehr als 90 Milliarden Euro) nicht mehr Menschen aus Armut und Ausgrenzung zu befreien wären, als das derzeit der Fall ist.

## Wie man den Sozialbericht der Regierung auch lesen kann

Hier eine Analyse der Agenda Austria nach der Veröffentlichung des Sozialberichts 2013/2014<sup>17</sup>:

Während das Sozialministerium über die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich klagt, zeigen offizielle EU-Statistiken ein anderes Bild: Einkommen sind nicht ungleicher verteilt als noch vor wenigen Jahren.

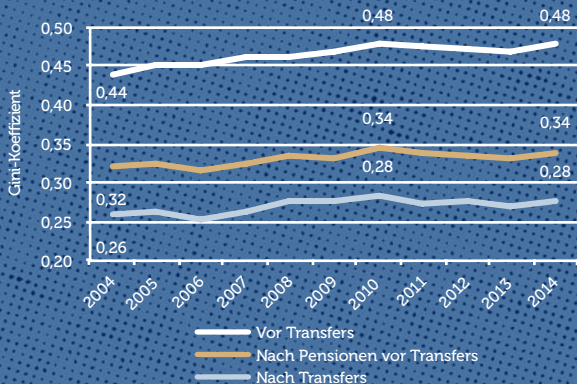
Zu Beginn die gute Nachricht: In Österreich sind deutlich weniger Menschen von Armut betroffen als im EU-Durchschnitt. Das geht aus dem aktuellen Sozialbericht hervor, der von Sozialminister Rudolf Hundstorfer im Jänner 2015 präsentiert wurde. Die Zahl der Armutsgefährdeten hat sich seit 2008 auch kaum verändert. Das zeigt, dass es dem Wohlfahrtsstaat Österreich gelingt, mit den umverteilten Steuergeldern einen Anstieg der Armut zu verhindern.

<sup>17</sup> [https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/9/5/5/CH2081/CMS1422611384846/sozialbericht\\_2013-2014\\_gesamtausgabe.pdf](https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/9/5/5/CH2081/CMS1422611384846/sozialbericht_2013-2014_gesamtausgabe.pdf)

Beklagt wird vom Sozialministerium allerdings die wachsende Ungleichheit in diesem Land. Das ist insofern bemerkenswert, als die Sozialausgaben des Staates Österreich seit Beginn des Jahrtausends mehr als doppelt so schnell steigen wie die allgemeine Wirtschaftsleistung. Denn die Ausgaben des Bundes für Transferleistungen sind seit der Jahrtausendwende um 3,8 Prozent pro Jahr gestiegen, zuletzt auf 45,5 Prozent der Gesamtausgaben. Kommt das Geld am Ende nicht an?

Doch, das Geld kommt an. Sieht man sich das tatsächlich verfügbare Haushaltseinkommen nach erhaltenen Transferleistungen wie etwa die Kinderbeihilfe an, zeigt sich folgendes Bild: Die Ungleichheit ist seit 2010 keineswegs gestiegen. Das bestätigen auch Untersuchungen der EU (European Union Statistics on Income and Living Conditions, kurz EU-SILC).

## Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich



Quelle: Eurostat 2015.

Anmerkung: Der Gini-Koeffizient nimmt Werte zwischen 0 (totale Gleichheit) und 1 (totale Ungleichheit) an.

Auch bei einem anderen zentralen Punkt des Berichts lohnt es sich, einen zweiten Blick zu wagen. Und zwar an jener Stelle, an der beklagt wird, dass der Anstieg der Arbeitnehmerentgelte hinter den Kapitaleinkommen zurückbleibt, woraus Sozialminister Hundstorfer den politischen Auftrag ableitet, „bei den vermögensbezogenen Steuern etwas tun zu müssen“. In absoluten Zahlen sind nicht nur die Kapitaleinkommen gestiegen, sondern auch die Arbeitseinkommen – Erwerbstätige erhalten spürbar mehr Lohn.

Dass Steuern und Abgaben zu viel von den gestiegenen Arbeitslöhnen wegfressen, steht leider nicht im Sozialbericht. Und bisher weigert sich die Regierung in der laufenden Debatte über eine Steuerreform ja beharrlich, auch einmal darüber nachzudenken, wie sie mit weniger Geld auskommen könnte. Vermögen stärker zu besteuern löst das Problem also nicht. Zumal der Anstieg der Kapitalvermögen ja nicht zuletzt den überhitzten Aktien- und Immobilienmärkten zu verdanken ist.

In Österreich ist die Verteilung von Einkommen in den vergangenen Jahren wie erwähnt nicht ungleicher geworden. Warum ausgerechnet das Sozialministerium diese Entwicklung nicht wahrhaben will, ist schwer zu erklären. Am ehesten wohl damit, dass es ein übergeordnetes Ziel zu verfolgen gilt: auf Biegen und Brechen neue Steuern einzuführen. Schade, eigentlich.



## Die Verteilung der Einkommen

Eine der unschöneren Eigenschaften des Kapitalismus sei die immer ungleicher werdende Verteilung von Einkommen, ist dieser Tage immer wieder zu hören. Das behaupten neben dem Arbeiterkammer-Präsidenten Rudolf Kaske, dem Fraktionsvorsitzenden der Linksfraktion im deutschen Bundestag Gregor Gysi und dem Papst auch anerkannte Ökonomen. Den Reichen fällt demnach von den steigenden Arbeitseinkommen immer mehr in den Schoß, während den Durchschnittsbürgern immer weniger bleibt, was zwangsweise zu einem Auseinanderklaffen der Einkommen führt. Das sei keine Laune der Natur, sondern ein unumstößliches Naturgesetz im Kapitalismus, wie immer wieder zu hören ist. Driften die Einkommen tatsächlich immer weiter auseinander? Und wenn ja, warum?

### Welche Einkommen werden gemessen?

In der Analyse der Einkommensverteilung unterscheiden Statistiker zwischen dem individuellen Einkommen und dem äquivalisierten verfügbaren Haushaltseinkommen. Während das äquivalisierte verfügbare Haushaltseinkommen mit Hilfe eines Faktors – der die



Anzahl der Personen in einem Haushalt berücksichtigt – das verkonsumierbare Haushaltseinkommen auf die Mitglieder des Haushalts verteilt, stellt das individuelle Einkommen lediglich die Einkünfte einer Person dar. Das äquivalisierte verfügbare Haushaltseinkommen ist komplizierter als es klingt. Nehmen wir an, eine Familie wohnt mit ihrem studierenden Kind unter einem Dach. Drei Personen teilen sich nicht nur den Wohnraum, sondern auch sämtliche Fixkosten wie Waschmaschine, Fernseher, Küche und so weiter. Das für den Konsum zur Verfügung stehende Einkommen ist sowohl pro Kopf als auch in Summe deutlich höher als wenn das studierende Kind eine Zwei-Zimmer-Garconniere beziehen würde. Dies selbst, wenn die Eltern in eine kleinere Wohnung übersiedeln würden.

Das individuelle Einkommen kann sowohl vor als auch nach Steuern betrachtet werden. Zusätzlich sind beim Haushaltseinkommen Sozialtransfers zu berücksichtigen. Bei den individuellen Einkommen ist das nur schwer möglich, da viele Transfers haushaltsbezogen ausbezahlt werden und daher nicht einer Einzelperson zugewiesen werden können (wie z.B. die Familienbeihilfe).

## Wie wird die Ungleichheit einer Verteilung gemessen?

Die Verteilung von Einkommen ist immer ein relatives Maß. Deshalb ist es auch möglich, dass die Verteilung trotz eines Anstiegs aller Einkommen ungleicher wird. Das wiederum bedeutet, dass die Ungleichheit steigen kann, ohne dass auch nur eine Person schlechter gestellt ist als vorher.

Der am häufigsten verwendete Index zur Darstellung der Einkommensverteilung ist der Gini-Koeffizient<sup>18</sup>. Basis des Gini-Koeffizienten ist die Lorenz-Kurve<sup>19</sup>. Sie misst, welchen Anteil zum Beispiel die untersten zehn Prozent am Gesamteinkommen haben. Der Gini-Koeffizient nimmt Werte zwischen Null und Eins an. Während bei einem Wert von Eins eine Person das gesamte Volkseinkommen bezieht, würden bei einem Wert von Null alle Personen das gleiche Einkommen beziehen. Aufgrund dieser Darstellung ist der Gini-Koeffizient in der öffentlichen Diskussion gut kommunizierbar.

<sup>18</sup> Benannt nach dem italienischen Statistiker Corrado Gini (1884-1965).

<sup>19</sup> Benannt nach dem amerikanischen Statistiker Max Otto Lorenz (1876-1959). Die Kurve stellt das kumulierte Einkommen in Prozent des Gesamteinkommens dem Bevölkerungsanteil gegenüber.

## Grafische Darstellung des Gini-Koeffizienten

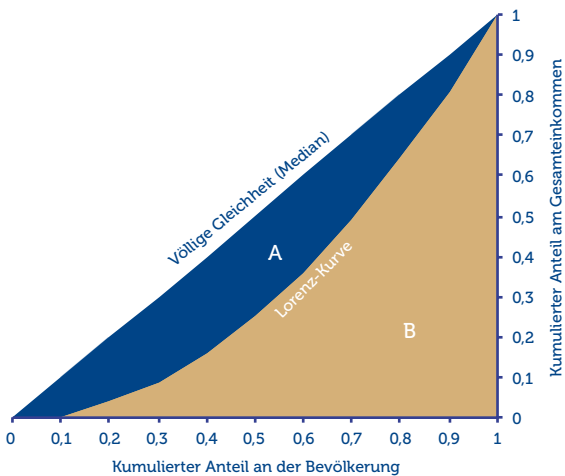


Abb. 5

Quelle: Eigene Darstellung.

Der Median würde demnach einer totalen Gleichverteilung entsprechen (siehe Abbildung 5), da dies bedeuten würde, dass jeder Anteil der Bevölkerung auch denselben Anteil des Einkommens besitzen würde. Zehn Prozent der Bevölkerung würden über zehn Prozent aller Einkommen verfügen, 20 Prozent über 20 und so weiter und so fort. Der Gini-Koeffizient stellt die flächenmäßige Abweichung der Lorenz-Kurve vom Median (Fläche A) der Fläche unterhalb des Medians gegenüber (A+B).

Das Manko des Gini-Koeffizienten ist, dass er zwar die Verteilung von Einkommen und Vermögen über die gesamte Bevölkerung eines Landes messen kann, nicht aber die Verteilung innerhalb verschiedener Einkommensgruppen. Deshalb wird in diesen Fällen der sogenannte Theil-Index<sup>20</sup> zu Rate gezogen. Er kann zeigen, wie sich die Ungleichheit aufgrund der veränderten Zusammensetzung innerhalb einzelner Gruppen verschiebt. Zum Beispiel aufgrund eines Anstiegs der Teilzeitarbeit. Denn ein höherer Gini-Koeffizient bedeutet ja noch nicht notwendigerweise, dass die Ungleichheit unter den Vollzeitwerbstätigen oder den Teilzeitbeschäftigten gestiegen ist.

<sup>20</sup> Benannt nach dem niederländischen Ökonometriker Henri Theil (1924–2000). Die Berechnung des Theil-Index ist sehr komplex. Er misst die Entropie eines Systems („Unordnung“) und kommt eigentlich aus der Thermodynamik. Neben diesem gäbe es noch eine Vielzahl an weiteren Indizes, die die Gleichheit einer Verteilung messen, wie z.B. den Atkinson-Index.

## Was beeinflusst die Verteilung der Einkommen?

Alle Messgrößen haben eines gemeinsam: Sie messen die Verteilung in einer Volkswirtschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt, sind also statisch. Daher zeigen längerfristige Betrachtungen auf Basis des Gini-Koeffizienten eine Perspektive auf, die nur einen groben Blick auf das System erlaubt. Für eine tiefere Analyse bedarf es eines erweiterten Sets an (Ungleichheits-) Indikatoren. Dasselbe gilt für einen Vergleich auf Länderebene.

Welche Faktoren haben also Einfluss auf die Verteilung der Einkommen einer Gesellschaft? In der theoretischen Betrachtung<sup>21</sup> sind das zum einen endogene (durch das Wirtschaftssystem selbst entstandene) Faktoren, wie zum Beispiel das Wirtschaftswachstum, die strukturelle Veränderung der Wirtschaft durch die Globalisierung, der technologische Fortschritt, die Bewegung am Arbeitsmarkt und Änderungen im Sozialsystem. Zum anderen wirken exogene Faktoren, wie die demografische Entwicklung, die Haushaltsstruktur, der Grad der Bildung und die Migration.

<sup>21</sup> Siehe Guerin (2013).

## Warum die alternde Bevölkerung die Ungleichheit erhöht

Aufgrund der Alterung der Bevölkerung nimmt der Anteil der Pensionsbezieher an der Bevölkerung stark zu. Derzeit kommen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) rund 27 Personen, die älter als 64 sind. Um 1990 waren es noch 20 Personen, zu Beginn dieses Jahrtausends 21 Personen. Im Jahr 2030 werden auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter bereits mehr als 37 Personen über 64 treffen – 2060 sind es mehr als 50. Weil die letzten Jahre vor der Pensionierung in Österreich die einkommensstärksten sind (Senioritätsprinzip) und das Einkommen mit der Pensionierung zumeist drastisch sinkt, führt dies zwangsläufig zu einer ungleicheren Einkommensverteilung. Von besonderem Interesse wird in den nächsten Jahren die Pensionierungswelle der Baby-Boomer (die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1960 und 1970) sein. Dadurch wird die Ungleichverteilung der Einkommen in der EU und speziell in Österreich steigen.

## Welche Rolle die Teilzeitarbeit spielt

Nicht nur die Alterung der Bevölkerung hat gravierende Auswirkungen auf die Einkommensverteilung, sondern auch der Teilzeitboom. Österreich feiert seit vielen Jahren trotz zuletzt steigender Arbeitslosigkeit einen Beschäftigungsrekord nach dem anderen. Grund dafür ist der nahezu ungebrochene Trend zu mehr Teilzeit: In Österreich ist der Anteil von Personen in Teilzeit an der Gesamtbeschäftigung von 11 Prozent auf fast 20 Prozent gestiegen. Erhebungen zufolge ist der Teilzeit-Boom zum Großteil gewollt. Knapp neun Prozent der Teilzeit-Arbeiter sind dies unfreiwillig, 91 Prozent arbeiten also gewollt in Teilzeit.<sup>22</sup> Wandern Arbeitnehmer neu in den Arbeitsmarkt zu, erhöht dies die Arbeitseinkommen. Tun sie dies aber nur in Teilzeit, liegt das Arbeitseinkommen in der Regel unterhalb der Medianeinkommen, weil jemand, der Teilzeit arbeitet, üblicherweise weniger verdient als jemand der Vollzeit beschäftigt ist. Die Folge: Der Medianlohn sinkt ebenso wie der Durchschnittslohn, obwohl möglicherweise niemand weniger verdient als vorher. Entscheidend ist, ob eine Person aus der Erwerbslosigkeit in die Teilzeit wechselt oder von der Vollzeit in die Teilzeit. Trifft Ersteres zu, steigt das verfügbare Haushaltseinkommen, während der Medianlohn sinkt. Trifft Zweites zu, sinkt das verfügbare Haushaltseinkommen und der Medianlohn.

<sup>22</sup> Siehe Eurostat (2013).

## Warum höhere Bildung die Ungleichheit erhöht

Bildung wird in Bezug auf die Einkommensverteilung eine immer größere Rolle spielen. Im Zuge der fortschreitenden Globalisierung wird die Nachfrage nach weniger gebildeten Menschen in den westlichen Ländern tendenziell sinken, die Nachfrage nach höherqualifizierten Personen steigen. Besser Qualifizierte werden besser entlohnt, was wiederum die Einkommensschere auseinandergehen lässt und die Ungleichheit erhöht.

## Warum kleinere Haushalte für weniger Gleichheit sorgen

Die Tendenz zu kleineren Haushalten hat in der Regel erfreuliche Gründe: Viel mehr Menschen können sich heutzutage eine eigene Wohnung leisten als früher, man denke nur an Studierende. Diese Entwicklung ist also eine Folge des steigenden Wohlstands – und trotzdem erhöht sie die Ungleichheit. Kostenvorteile, die größere Haushalte mit sich bringen, werden durch die steigende Anzahl von kleineren Haushalten weniger stark genützt. Diesen Haushalten steht also weniger Geld zur freien Verfügung. Nun gibt es



in Österreich einen klaren Trend zu Ein-Personen-Haushalten. Die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt derzeit bei 2,24 Personen, im Jahr 1985 waren es noch 2,67 Personen. Bis 2030 soll diese Zahl auf 2,16 Personen zurückgehen, 2060 wird ein Haushalt im Schnitt noch 2,09 Personen beherbergen. Auch dieses Phänomen wird die Ungleichheit verschärfen, obwohl es eigentlich Ausdruck eines höheren Wohlstands ist.

## Migration als Gleichheitslotterie

Der unterschiedliche Bildungsstandard von Emigranten und Immigranten nimmt ebenso Einfluss auf die Einkommensverteilung. Wandern gut ausgebildete Arbeitskräfte aus und eher schlecht gebildete zu, beeinflusst das sofort die Ungleichverteilung der Einkommen. Wandern die Bestverdiener aus und Schlechtverdiener nicht in die unterste Einkommensgruppe zu, wird die Einkommensverteilung gleicher. Volkswirtschaftlich gesehen ist das nicht unbedingt ein Vorteil, während die Verteilung gleichmäßiger wird. Sind die Einwanderer die Ärmsten und wandern Gut- aber nicht Bestverdiener aus, wächst die Ungleichheit.

Hinzu kommt ein zweiter Effekt: Durch das steigende Angebot von schlecht Qualifizierten sinkt tendenziell der Lohn für diesen Personenkreis, während der Lohn von gut Qualifizierten aufgrund des

geringeren Arbeitskräfteangebots eher steigen wird. Wandern gut Qualifizierte zu, erhöht sich hingegen das Angebot von Fachkräften, wodurch die Löhne im oberen Bereich eher sinken werden. In diesem Fall steigt die Gleichheit.

## Die Verteilung der Haushaltseinkommen in Österreich

Aktuell beträgt der Gini-Koeffizient des äquivalisierten verfügbaren Haushaltseinkommens vor Sozialleistungen und Pensionen 0,48, danach liegt er bei 0,28. Der erste Wert zeigt zweierlei. Erstens, dass Österreich ein durchaus leistungsorientiertes Entlohnungssystem aufweist. Zweitens, dass die Umverteilung via Sozialleistungen ihre Wirkung nicht verfehlt. Bemerkenswert ist, dass die Verteilung der Haushaltseinkommen in Österreich trotz der Krise kaum ungleicher geworden ist, seit 2010 ist der Abstand zwischen Arm und Reich sogar leicht gesunken. Dies spiegelt sich sowohl vor als auch nach Sozialleistungen wider. Nach Sozialleistungen ist die Entwicklung über die Jahre hinweg überhaupt sehr stabil. Und das trotz der ungünstigeren Altersstruktur und der kleiner gewordenen Haushalte.

## Gini-Koeffizient des äquivalisierten Haushaltseinkommens in Österreich

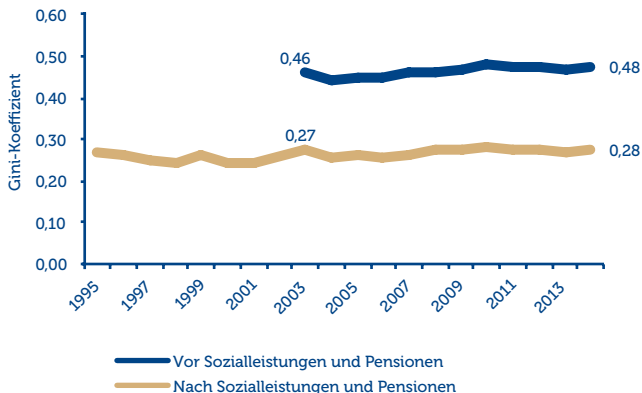


Abb. 6

Quelle: Eurostat.

Anmerkung: Daten für den Gini-Koeffizient vor Sozialleistungen und Pensionen erst ab 2003 verfügbar.

Auch im internationalen Vergleich ist die Verteilung der Haushaltseinkommen in Österreich verhältnismäßig gleich. Lediglich Tschechien, Schweden, die Niederlande, Finnland und Belgien weisen einen niedrigeren Gini-Koeffizienten (nach Sozialleistungen und Renten) auf als Österreich.

## Gini-Koeffizient des äquivalisierten Haushaltseinkommens 2013 – EU-Vergleich

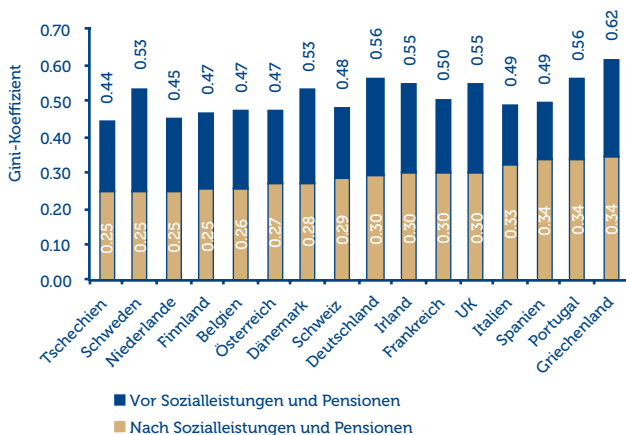


Abb. 7

Quelle: Eurostat.

Der allgemein gültige Befund, demzufolge die Einkommensschere in Österreich immer weiter auseinanderklafft, ist nicht zu halten. Ganz im Gegenteil. Die Haushaltseinkommen sind vergleichsweise fair verteilt. Zu bedenken ist aber, dass die angespannte Lage am Arbeitsmarkt (vermehrte Teilzeit) und die anstehende Pensionierungswelle bei den Baby-Boomern die Schere wieder aufgehen lassen wird.

## Die Verteilung der Lohneinkommen in Österreich

Die Verteilung der Lohneinkommen bezieht sich auf die individuellen Einkommen.<sup>23</sup> Weiters ist von Bedeutung, ob die Verteilung der Netto- oder Bruttoeinkommen gemessen wird. In Österreich ist sowohl die Verteilung der Netto- als auch jene der Bruttolöhne seit 2005 relativ konstant, wenn auch zwischen 2005 und 2012 ein geringfügiger Zuwachs des Gini-Koeffizienten zu verzeichnen war.

<sup>23</sup> Mit eingerechnet sind dabei auch Pensionsbezüge, die in der Wohlfahrtsrechnung wie Löhne behandelt werden.

## Gini-Koeffizient der Lohneinkommen in Österreich

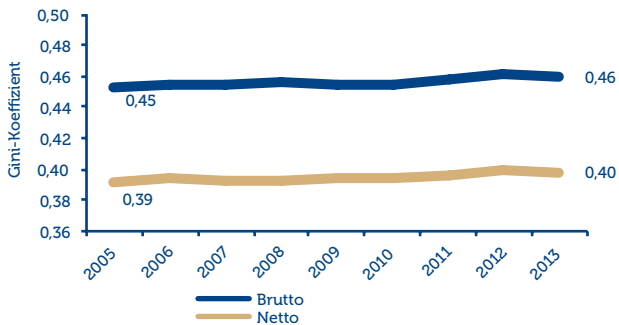


Abb. 8

Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria.

Warum aber hat sich die Verteilung der Einkommen zwischen den Jahren 2005 und 2012 leicht in Richtung Ungleichheit bewegt? Eine Erklärung liefert der rasante Anstieg der Teilzeitbeschäftigungen: Während 1995 nur jeder neunte Beschäftigte in Teilzeit war, ist es mittlerweile jeder Fünfte.

### Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung in Österreich

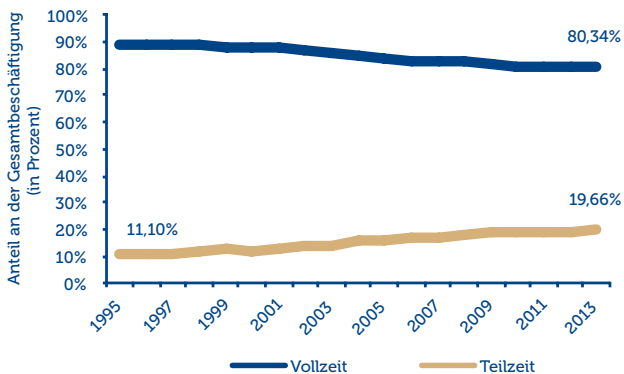


Abb. 9  
Quelle: Eurostat.

Wie bereits erwähnt, gaben im Jahr 2013 lediglich 9,2 Prozent der Teilzeitbeschäftigten an, unfreiwillig teilzeitbeschäftigt zu sein.<sup>24</sup> Ein überraschender Befund, zumal oft argumentiert wird, dass viele Personen gegen ihren Willen in die Teilzeit gedrängt würden. Dies trifft auf jeden elften Teilzeitbeschäftigten zu. Man kann also davon ausgehen, dass der Anstieg der Teilzeitbeschäftigung eher ein Zeichen eines gut ausgebauten Sozialstaates ist als ein Zeichen dafür, dass immer mehr Arbeitnehmer in prekäre Arbeitsverhältnisse gezwungen werden.

Auch auf Basis des Theil-Index (Gesamt) bleibt die Verteilung im Zeitraum 2005 bis 2012 relativ konstant. Der Theil-Index „entzerrt“ die Einkommensmessung um Effekte wie mehr Teilzeitarbeit oder die Pensionierung besonders geburtenstarker oder -schwacher Jahrgänge (sogenannte exogene Effekte) und liefert damit ein Bild, wie sehr bestimmte Gruppen der Gesellschaft betroffen sind (Theil-Index innerhalb von einer Personengruppe). Hier ist der Trend nicht durchgängig: In den Jahren 2007 und 2008 ging es vorübergehend „gleicher“ zu, im Jahr 2013 waren die Bruttoeinkommen aber wieder so verteilt wie 2005. Von einer sich öffnenden Schere kann über den Beobachtungszeitraum also nicht die Rede sein.<sup>25</sup> Der geringe Anstieg des Theil-Index (Gesamt) ist also durch Veränderungen innerhalb der Personengruppen (Voll-, Teilzeit, Pensionisten) zu erklären. Mit anderen Worten: Wenn die Verteilung der Einkommen um den

<sup>24</sup> Siehe Eurostat (2013).

<sup>25</sup> Daten waren nur für die Jahre zwischen 2003 und 2013 vorhanden.



Anstieg bei Teilzeitbeschäftigten und Pensionisten bereinigt wird, zeigt sich, dass die Verteilung tendenziell „gleicher“ geworden ist.

### Theil-Index der Bruttoeinkommen

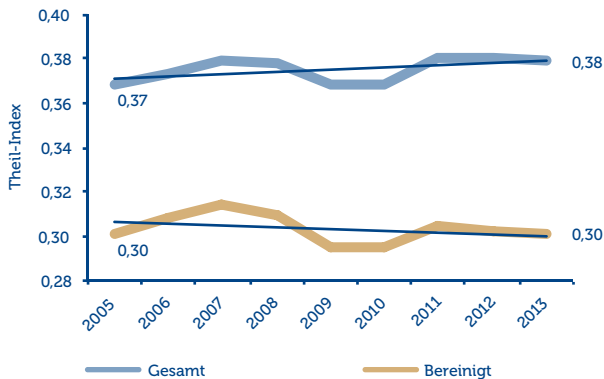


Abb. 10

Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria.

Anmerkung: „Theil-Index Gesamt“ stellt den Gesamteffekt dar, „Theil-Index bereinigt“ stellt die Entwicklung innerhalb der unterschiedlichen Gruppen dar.

Auch die Betrachtung der Nettolöhne zeigt ein ähnliches Bild. Klarerweise sind die Bruttolöhne aufgrund des progressiv wirkenden Steuersystems ungleichmäßiger verteilt als die Nettolöhne. Daher lag der Theil-Index der Bruttolöhne im Jahr 2013 bei 0,38, während der Theil-Index der Nettolöhne bei 0,30 lag. Auch hier ist der Gesamteffekt zwar tendenziell steigend. Werden aber die strukturellen Änderungen berücksichtigt, sind die Einkommen tendenziell gleicher verteilt als im Jahr 2005. Auch hier gibt es keine sich öffnende Einkommensschere.

## Theil-Index der Nettoeinkommen

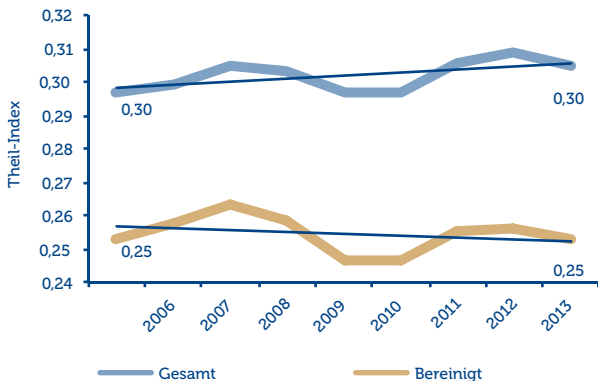


Abb. 11

Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria.

Anmerkung: „Theil-Index Gesamt“ stellt den Gesamteffekt dar, der „Theil-Index bereinigt“ die Entwicklung innerhalb der unterschiedlichen Gruppen.

Wenn also von steigender Ungleichheit (im Sinne von einem höheren Gini-Koeffizienten) die Rede ist, wird oft unterschlagen, dass dieser Trend auf sich verändernde Strukturen innerhalb der Bevölkerung zurückzuführen ist. Auch im Theil-Index lassen sich Anstiege durch strukturelle Veränderungen erklären. In anderen Worten: Nicht habgierige Arbeitgeber oder die Konkurrenz unter den Arbeitnehmern sorgen gegebenenfalls für mehr Ungleichheit in der Einkommensverteilung, sondern Demografie, Zuwanderung, Bildungsstand, kleinere Haushaltsgrößen und der Wunsch nach Teilzeitbeschäftigung. Sind diese Trends von Dauer, wird auch die Ungleichheit in der Lohnentwicklung in Österreich steigen. Das wird dann wieder die Rufe nach verstärkter Umverteilung lauter werden lassen, obwohl die Gründe für die wachsende Ungleichheit eher die Früchte eines gut funktionierenden Wohlfahrtsstaates sind: Die Menschen können sich früher eine eigene Wohnung leisten und sie sind offensichtlich nicht darauf angewiesen, Vollzeit arbeiten zu „müssen“.



## Die Verteilung von Vermögen

Vermögen sind in kaum einem Land so ungleich verteilt wie in Österreich. Deshalb wird in Österreich von Teilen der Politik immer vehementer für die Wiedereinführung von Erbschafts- und Vermögenssteuer plädiert. Die Besteuerung von hohem Vermögen erscheint politisch nicht zuletzt deshalb so attraktiv, weil sie ja nur ein paar „Superreiche“ trifft und sich Bürger deshalb mehrheitlich als Gewinner einer solchen Besteuerung sehen. Aber ist das auch so? Oder treffen höhere Steuern auf Vermögen letztlich doch wieder alle, so wie es das IHS in einer Studie im Jahr 2013 berechnet hat?<sup>26</sup> Zudem: Was ist überhaupt Vermögen und ist es in Österreich tatsächlich so ungleich verteilt?

### Was ist Vermögen?

Vermögen ist für die ökonomische Analyse ein recht unbestimmter Begriff. Nach Aristoteles ist Vermögen alles, dem ein monetärer Wert zugewiesen werden kann. Auch Thomas Piketty bedient sich in seinem Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ dieser breiten Abgrenzung. Zu den wichtigsten Vermögensarten können folgende gezählt werden:<sup>27</sup>

<sup>26</sup> Siehe IHS (2013).

<sup>27</sup> Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

- » Geldvermögen (Bargeld, Bankguthaben und Spareinlagen)
- » Grund- und Immobilienvermögen, wobei mehrheitlich der Marktwert als Vermögenswert herangezogen wird.
- » Finanzvermögen beinhaltet über das Geldvermögen hinaus Anleihen und andere Formen der Geldanlage, wie beispielsweise den Bausparvertrag oder die Lebensversicherung.
- » Anlagevermögen, welches Vermögensgegenstände umfasst, die für den dauerhaften Geschäftsbetrieb gedacht sind.
- » Sachvermögen beinhaltet Wertgegenstände im Haushalt wie Schmuck, Kunstgegenstände oder auch Gold und Goldmünzen.
- » Immaterielles Vermögen beschreibt in erster Linie Ideen, insbesondere solche, die in Form von Patenten und Lizenzen ein Eigentumsrecht aufweisen.
- » Humanvermögen umfasst das Wissen und den Bildungsstand von Menschen. Besonders mit dem Fortschreiten der Digitalisierung und der Automatisierung wird die Bildung bzw. Ausbildung der Menschen immer wichtiger und stellt daher einen bedeutenden Aspekt des Vermögens dar.
- » Öffentliches Vermögen oder Sozialvermögen ist ein weiteres wichtiges Element von Wirtschaft und Gesellschaft. Hierunter fallen neben der Bereitstellung von physischer Infrastruktur wie z.B. Straßen oder (Ab-) Wasserleitungen auch Dienstleistungen

wie z.B. die Gesundheitsversorgung und die Sicherheit (auch Rechtssicherheit). Viele Länder zählen auch die Pensionssicherung und andere soziale Sicherungsnetze dazu. Dieses öffentliche Vermögen muss hauptsächlich über Steuergelder finanziert werden. Je größer das öffentliche Vermögen ist, desto geringer ist die Notwendigkeit, als Privatperson für ebendiese Bereiche eine private Vorsorge zu treffen. Ein großzügig ausgestattetes Pensionssystem bietet weniger Anreiz, privat Vermögen aufzubauen, als ein bescheiden ausgestattetes.

## Welche Funktionen hat Vermögen?

Vermögen kann in einer modernen Gesellschaft mehrere Funktionen<sup>28</sup> übernehmen, die für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung einer Person relevant sind. Als wichtige Argumentationsbasis für die Besteuerung von Vermögen gilt die Einkommensfunktion des Vermögens. Hält eine Person Vermögen in gewinnbringenden Anlagen, so kann dadurch neben dem Arbeitseinkommen ein zusätzliches Einkommen generiert werden, welches für zusätzlichen Konsum oder zusätzliche Veranlagungen genutzt werden kann. Vermutlich die verbreitetste Funktion von Vermögen ist die Nutzungsfunktion. Etwa die eigene Wohnung oder das eigene Auto. Darüber

<sup>28</sup> Siehe Hauser (2007).



hinaus füllt Vermögen aber auch eine Sicherungs- und Vererbungsfunktion aus. Ein gewisses Vermögen erlaubt es Menschen, ihren Konsum unabhängig von der Höhe des Arbeitseinkommens zu stabilisieren. In guten Einkommensjahren wird etwas angespart, damit der gewünschte Lebensstandard auch in schlechten Zeiten gehalten werden kann. Die Vererbungsfunktion dient dazu, den Nachfahren einen möglichst einfachen Start in deren Leben zu ermöglichen. Schlussendlich kann hohes Vermögen aber auch eine Machtfunktion haben. Konzentriert sich viel Vermögen auf eine Person oder Personengruppe, so kann diese ihr Vermögen dazu verwenden, wichtige Entscheidungen zu beeinflussen und zu steuern.

## Wer besitzt Vermögen?

Die meisten Untersuchungen der Vermögenskonzentration beziehen sich ausschließlich auf private Haushalte (und private Organisationen) und decken folglich nur einen Teil des gesellschaftlichen Gesamtvermögens ab. Neben privaten Haushalten wird oft vergessen, dass auch der Staat (über das öffentliche Vermögen hinaus) in Form von staatseigenen Gesellschaften und öffentlichen Beteiligungen hohe Vermögensbestände hält. Hinzu kommen ausländische Bürger und Unternehmen, die Kirche und private

Organisationen wie Stiftungen, Vereine oder Parteien. Je nach Erfassung dieser Ebenen fällt auch die Verteilung mehr oder weniger gleich aus.

## Wie wird Vermögen gemessen?

Da Vermögen nicht im selben Ausmaß besteuert wird wie Einkommen, ist die Datenlage ungleich schlechter. Viele nationale und internationale Studien bedienen sich bei der Vermögensmessung deshalb der Interview-Methode. Hier werden ausgewählte Haushalte nach deren Vermögensbesitz in möglichst breiter Form befragt, d.h. die Angaben sind kaum kontrollierbar und nicht unbedingt verlässlich. Dabei werden zu meist nur die Kategorien Geldvermögen, Grund- und Immobilienvermögen, Anlagevermögen und Sachvermögen abgefragt. Eine monetäre Bewertung anderer Vermögensformen ist oftmals schwierig und daher mit hoher Unsicherheit belastet, weil vieles eben nur geschätzt werden kann, also der subjektiven Wahrnehmung unterliegt. Allerdings können auch politische Interessen dahinter stecken. So werden beispielsweise private Altersvorsorgeanlagen, nicht jedoch die öffentlichen Pensionsansprüche berücksichtigt. Das ist insofern relevant, als die meisten Pensionisten in Österreich deutlich mehr ausgezahlt bekommen als sie vorher eingezahlt haben. Sie erhalten somit ein

beträchtliches Pensionsvermögen von den nachkommenden Generationen ausgezahlt – was bei der Messung der Verteilung unberücksichtigt bleibt. Ein Bundesbeamter erhält preisbereinigt beispielsweise doppelt so viel Pension ausgezahlt wie für ihn während seiner aktiven Zeit eingezahlt wurde:

Was bringt ein eingezahlter Euro im Schnitt an Pensionsvermögen?

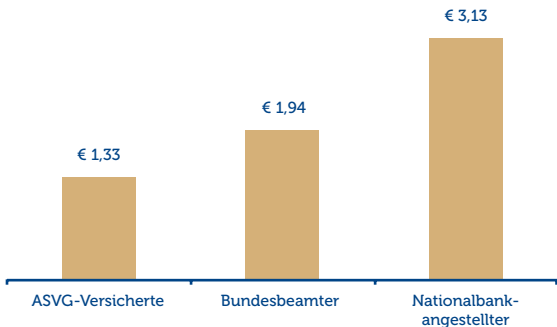


Abb. 12

Quelle: Marin (2013).

Erhebungen über Umfragen wohnt natürlich immer eine große Unsicherheit inne. Das eigene Vermögen kann sowohl krass unter- als auch überschätzt werden. Oft wird argumentiert, dass sehr Vermögende konkrete Angaben zu ihrem tatsächlichen Vermögen verweigern oder es bewusst falsch deklarieren. Demnach wird das tatsächliche Vermögen unterschätzt. Im Zuge der Immobilienblase beispielsweise können Werte auch stark überschätzt worden sein (siehe z.B. Spanien). Die Befragten müssen jeweils den monetären Wert ihres Besitzes schätzen. Zwar sind die Interviewer bemüht, die Befragten vorher so gut wie möglich zu informieren und auf etwaige Vermögensgegenstände hinzuweisen. Dennoch dürften viele Antworten, wenn sie auch keine bewussten Falschaussagen sind, schlichtweg an der Realität vorbei geschätzt sein. Zudem können die Antworten stark durch die Art und Weise der Fragestellung oder auch den Interviewer selbst beeinflusst werden. Die Fehleinschätzung dürfte umso höher sein, je weniger Informationen zu den Marktpreisen von Vermögensgegenständen bekannt sind.<sup>29</sup>

Bei den Erhebungen werden innerhalb der genannten Vermögenskategorien meist zwei Aspekte abgefragt. Einerseits die Summe aller Vermögensgegenstände (möglichst zu aktuellen Preisen), also das Bruttovermögen, und andererseits die Summe aller Schulden. Aus Bruttovermögen abzüglich Schulden ergibt sich das Nettovermögen. Dies hat zur

<sup>29</sup> Laut der österreichischen Erhebung des „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS) aus 2010 gibt es signifikante Differenzen zwischen der Selbsteinschätzung in der Verteilung von Vermögen der Befragten und ihrer tatsächlichen Position.

Folge, dass – anders als bei den Einkommen – auch negative Beträge, also „negatives Nettovermögen“, möglich sind. Damit kann die Vermögensverteilung eine deutlich stärkere Streuung aufweisen als jene der Einkommen. Ein weiterer Unterschied liegt darin, dass viele Vermögenswerte sehr volatil und anfällig für Übertreibungen sind. So kann es zu erheblichen Wertänderungen des Finanzvermögens binnen kurzer Zeit kommen. Aber auch Immobilien müssen in ihrem Wert keinesfalls stabil sein, wie man etwa in Spanien (fallende Preise), aber auch in Wien (steigende Preise) sehen kann.

## Vermögensbilanz der privaten Haushalte nach HFCS



67

Abb. 13

Quelle: Household Finance and Consumption Survey (HFCS) Austria 2010.

## Wie sind Vermögen in Österreich verteilt?

Typischerweise sind Vermögen deutlich ungleicher verteilt als Einkommen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass Vermögen erst über die Zeit aufgebaut werden muss. Je nach Höhe der Einkommen ergibt sich zudem eine veränderte Sparneigung. Bezieher hoher Einkommen haben demnach nicht nur mehr Geld zur freien Verfügung, sie sparen auch einen höheren Anteil ihrer Einkommen an. Wer ein hohes Einkommen hat, wird also auch leichter noch reicher als jemand, der den Großteil seines Nettoeinkommens zur Finanzierung des täglichen Lebens aufwenden muss. Darüber hinaus steigt das Vermögen mit dem Alter an, weil im höheren Alter typischerweise höhere Einkommen erzielt werden und sich Zinsen und Zinsszinsen auf bereits zurückgelegte Ersparnisse positiv auswirken. Auch steigt die Wahrscheinlichkeit des Erbens mit dem Alter. Vermögen ist daher stärker von der Situation im Lebenszyklus abhängig als dies für Einkommen der Fall ist. Niedrige Ersparnisse ergeben sich hingegen insbesondere bei jüngeren Personen, sowie bei Personengruppen, die über ihren Lebenszyklus hinweg wenig in den Arbeitsmarkt integriert waren.

Nicht außer Acht zu lassen ist zudem, dass es sich bei einem erheblichen Teil des Vermögens um

produktives Kapital handelt. Also jenes, das in den Wertschöpfungsprozess investiert und damit auch nicht „flüssig“ ist. Jede Investition enthält dabei ein Risiko, dass das investierte Vermögen (teilweise) zerstört wird. Zwangsläufig muss bei einer Investition immer die Chance auf höhere Einkünfte bestehen, damit Menschen bereit sind, dieses Risiko zu tragen. Hier stellt sich die Frage, warum in Österreich nur wenige Menschen gewillt sind, das Risiko und die Chance zu ergreifen, unternehmerisch tätig zu werden. Halten in der Gruppe der vermögendsten fünf Prozent zwei Drittel Unternehmensbeteiligungen, sind es bei der unteren Hälfte der Vermögenden nur zwei Prozent.

Nur wenige Studien und wenige Länder weisen breite belastbare Statistiken aus. Zu den aktuell prominentesten Statistiken über die Vermögensverteilung gehören die von den Nationalbanken durchgeführten Befragungen im Zuge des „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS). Sie beruhen auf Befragungen von möglichst repräsentativen Haushalten in Österreich und ausgewählten Ländern des Euroraums. Darüber hinaus gibt es Studien, die auf Umfragen aufbauen und mittels statistischer Gesichtspunkte versuchen, die Verteilung von Vermögen zu schätzen. Diese sind aber rein hypothetische Werte, die der Realität nicht wirklich entsprechen müssen.

Gemessen wird die Verteilung von Vermögen – wie auch die Verteilung der Einkommen – mittels des Gini-Koeffizienten. Wie bereits erwähnt ergibt sich bei



Vermögen typischerweise ein höherer Gini-Koeffizient als bei Einkommen. Im internationalen Vergleich zeigt Österreich für 2010<sup>30</sup> die höchste Ungleichheit der Vermögensverteilung aller 15 untersuchten Länder<sup>31</sup> auf.

### Gini-Koeffizient der Vermögensverteilung (Netto) EU-Vergleich, 2010

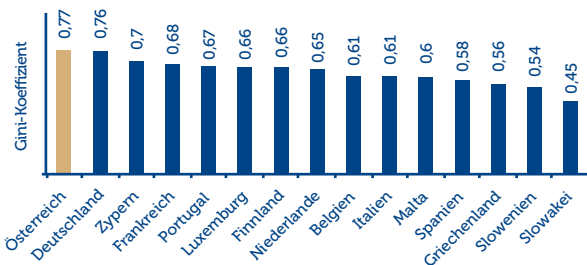


Abb. 14

Quelle: HFCS.

Anmerkung: Der Gini-Koeffizient nimmt Werte zwischen 0 (totale Gleichheit) und 1 (totale Ungleichheit) an.

<sup>30</sup> Die Erhebung wurde mit Ausnahme Spaniens (2008), Finnlands (2009), Griechenlands (2009) und der Niederlande (2009) im Jahr 2010 durchgeführt.

<sup>31</sup> Dazu zählen Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien und Zypern.

## Warum ist Vermögen in Österreich so ungleich verteilt?

Es mag wenige überraschen, dass Vermögen in Österreich nicht sehr gleich verteilt sind. Aber wie ist es möglich, dass Österreich eine überdurchschnittlich gleichmäßige Verteilung der Einkommen aufweist, Vermögen aber so ungleich verteilt sind wie sonst kaum wo in Europa?

## Wie der Wohlfahrtsstaat die Statistik verzerrt

Der Sachverständigenrat in Deutschland gibt einen wichtigen Hinweis: „Niedriges privates Vermögen in der unteren Hälfte der Vermögensverteilung kann Ausdruck einer vergleichsweise besseren staatlichen Absicherung sein. Die Haushalte können dann mehr konsumieren, weil sie durch den Wohlfahrtsstaat in elementaren Belangen (Bildung, Gesundheit) abgesichert werden [...] Privates und staatliches Vermögen wirken so zusammen und sind beide in unterschiedlicher Weise für den Wohlstand relevant.“<sup>32</sup>

Diese Erkenntnis bestätigt auch der Global Wealth Report der Credit Suisse<sup>33</sup>, in dem auch andere Länder als die Euro-Mitglieder aufgelistet sind. Dabei

<sup>32</sup> Siehe Sachverständigenrat (2009).

<sup>33</sup> Siehe Credit Suisse (2013).

fällt auf, dass die skandinavischen Länder mit gut ausgebautem Sozialstaat ebenfalls eine relativ ungleiche Vermögensverteilung aufweisen. In Norwegen liegt der Gini-Koeffizient wie in Österreich bei 0,778, in Schweden bei 0,803 und Dänemark sogar über 0,9. Lediglich Finnland weist mit 0,664 einen etwas niedrigeren Wert als Österreich aus. Offensichtlich führt ein starkes Sozialsystem, das in all diesen Ländern vorhanden ist, nicht zu einer gleichen Vermögensverteilung, sondern zu einer ungleichen.

Diese Erkenntnis gilt gleichermaßen für den österreichischen Wohlfahrtsstaat, da der Staat hier elementare Lebensrisiken wie Krankheit, Pflege und Arbeitslosigkeit absichert. Eine deutsche Untersuchung<sup>34</sup> zeigt, dass eine Berücksichtigung der Pensionsansprüche in das Haushaltsvermögen in Deutschland den Gini-Koeffizienten um etwa 25 Prozentpunkte<sup>35</sup> reduzieren würde. Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung errechnete für 2010<sup>36</sup> eine Reduktion im Gini-Koeffizienten der Vermögensverteilung von 0,80 vor Berücksichtigung der öffentlichen Pensionen auf 0,64 danach. Die Pensionsersatzrate liegt in Deutschland deutlich unterhalb jener in Österreich,<sup>37</sup> weshalb davon auszugehen ist, dass dieser Effekt für Österreich noch stärker ausfällt. Eine

<sup>34</sup> Siehe Kallweit und Weigert (2014).

<sup>35</sup> Dies entspricht einer Reduktion in dem Ausmaß, wie sie bei der Einkommensverteilung vor und nach Transfers entsteht.

<sup>36</sup> Siehe DIW (2010).

<sup>37</sup> Laut Knell (2013) liegt diese in Österreich bei rund 60 Prozent.

Studie des IHS<sup>38</sup> aus dem Jahr 2013 kommt zum Schluss, dass die Vermögensverteilung in Österreich erheblich „gleicher“ aussehen würde, wären die staatlichen Pensionsansprüche der Bürger als Vermögenswerte berücksichtigt. Allein schon deshalb, weil die Pensionsansprüche verhältnismäßig gleich verteilt sind (Gini-Koeffizient 0,26). Das IHS schätzt für Österreich einen Rückgang der Ungleichheit des Nettovermögens von 29 Prozentpunkten, womit der Gini-Koeffizient nicht bei 0,77 läge, sondern bei 0,48.

Der stark ausgebaute Sozialstaat mit einer guten Absicherung seiner Bürger ist also mit ein Grund dafür, dass Österreich eine derart ungleiche Vermögensverteilung aufweist. Wären die Pensionsbeiträge nicht an den Staat überwiesen worden, sondern in ein kapitalgedecktes Pensionssystem geflossen, sähe die Statistik über die Verteilung der Vermögen deutlich besser aus.

Selbst die Europäische Kommission<sup>39</sup> weist auf den negativen Effekt hin, den ein generöses öffentliches Pensionssystem auf die Vermögensakkumulation und in weiterer Folge auf deren Verteilung hat.

Allerdings gilt das auch für die meisten anderen EU-Staaten, womit sich am relativen Vergleich wenig ändern würde. Von Kritikern wird auch gerne argumentiert, dass das öffentliche Pensionsvermögen nicht hinzugezählt werden darf. Erstens, weil den Auszahlungen ja auch Einzahlungen gegenüberstehen. Das ist zweifellos richtig. Allerdings übersteigen

<sup>38</sup> Siehe IHS (2013).

<sup>39</sup> Siehe Europäische Kommission (2013).

die Auszahlungen die Einzahlungen bei weitem (Abbildung 12). Zweitens könnten die öffentlichen Pensionsvermögen deshalb nicht berücksichtigt werden, weil die Bürger, anders als bei privaten Pensionsvorsorgesystemen, keinen beliebigen Zugriff auf die eingezahlten Beträge haben, sondern lediglich eine monatliche Auszahlung in Form der Pension bekommen. Schlüssig ist dieses Argument aber nicht, weil die öffentliche Pensionsvorsorge ja die private Vorsorge ersetzt. Wäre dies ein valides Argument, dann könnte der Staat die Vermögensungleichheit auf einen Schlag beseitigen, indem er die gleichen Zugriffsrechte auf öffentliches Pensionsvermögen gewährt wie auf privates.

## Wie die Haushaltsstruktur die Statistik verzerrt

Auch wenn es innerhalb eines Landes sinnvoll ist, die Vermögensverteilung auf Haushaltsebene zu betrachten, führt dies dennoch zu Verzerrungen, die einen internationalen Vergleich schwierig machen. Betrachtet man die Haushaltsstruktur in Ländern wie Österreich oder auch Deutschland, so fällt schnell auf, dass sich diese elementar von jener in südeuropäischen Ländern unterscheidet. Leben in Österreich im Schnitt 2,13 Menschen pro Haushalt (Deutschland 2,04), sind es in

Italien 2,53, Griechenland 2,64, Spanien 2,68, Portugal 2,71, Zypern 2,76 und Malta 2,85 – also erheblich mehr. Größere Haushalte verfügen tendenziell über ein größeres Vermögen: So haben in Österreich Haushalte mit drei Personen im Median netto knapp zehnmal so viel Vermögen wie Singlehaushalte – weil letztere meist auch jüngere, weniger vermögende Menschen beherbergen. Eine Studie der EZB quantifiziert die Effekte der Haushaltsstruktur auf die Vermögensbildung.<sup>40</sup> Laut dieser Studie erklären sich 50 Prozent der Unterschiede im Nettovermögen zu den anderen europäischen Ländern mit der Haushaltsstruktur für Österreich.<sup>41</sup>

## Wie das Alter die Statistik verzerrt

Neben der Haushaltsstruktur wirken auch Unterschiede in Bildung, Alter und Erwerbstätigkeit verzerrend. Diese sozioökonomischen Merkmale sind dahingehend interessant, als höhere Bildung generell mit einem höheren Einkommen und damit einer höheren Sparquote einhergeht. Das Alter hingegen gibt Aufschluss darüber, wie viel Zeit bereits zum Sparen gewesen ist. Im Median besitzt ein Haushalt mit einer Referenzperson<sup>42</sup> im Alter zwischen 50 und 64 netto 16-mal mehr Vermögen als ein Haushalt, deren Referenzperson zwischen 16 und 29 Jahre alt ist.

75

<sup>40</sup> Siehe EZB (2014a).

<sup>41</sup> Dieser Effekt wirkt sich aber auf die Verteilung des Vermögens nur geringfügig aus.

<sup>42</sup> Jene Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt.

## Mieter oder Eigentümer, das ist die zentrale Frage

Eine weitere Unschärfe entsteht durch die Aggregation aller Vermögensgegenstände in eine Gesamtvermögensgröße. Zu diesem Trick hat bereits Piketty in seiner Auswertung gegriffen, damit die von ihm vorgelegten Daten auch die richtige Geschichte erzählen. So hat sich Matthew Rognlie<sup>43</sup> die von Piketty vorgebrachten Daten genauer angesehen und kam zu einem überraschenden Befund: Nicht die Kluft zwischen Arbeit und Kapital vergrößert sich, sondern jene zwischen Mietern und Vermietern.

Interessant ist dieser Befund schon deshalb, weil die mit Abstand wichtigste Vermögenskomponente in allen Ländern des HFCS das Grund- und Immobilienvermögen ist. Aber gerade beim Wohneigentum gibt es große Unterschiede zwischen den Ländern. Während im Osten und im Süden Europas die große Mehrheit der Menschen in den eigenen vier Wänden lebt, sind es einzig in Österreich und Deutschland weniger als die Hälfte:

<sup>43</sup> Siehe Rognlie (2015).

## Anteil der Hauptwohnsitzeigentümer EU-Vergleich, 2010

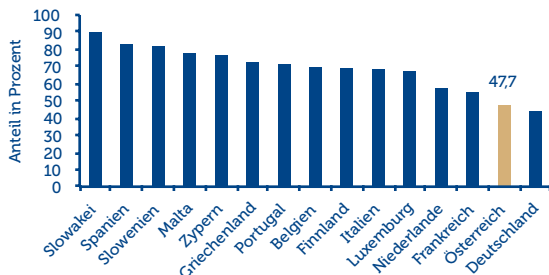


Abb. 15

Quelle: HFCS.

Dieses Phänomen ist politisch auch nicht ungewollt, wird in Österreich doch das Mieten gefördert, insbesondere durch den öffentlichen Wohnungsbau. In Deutschland und Österreich kommen Mietpreisbremsen hinzu. So können hierzulande Mieten aufgrund der strengen Regulierung maximal mit der Inflationsrate mitwachsen und auch das nur zeitverzögert. Eine exzessive Besteuerung der Arbeitseinkommen tut das Übrige, um den Erwerb von Immobilienvermögen zu erschweren. Wer in Österreich 50.000 Euro brutto im Jahr verdient, zählt bereits zu den Besserverdienern.



Netto bleiben davon 31.600 Euro übrig. Damit lässt sich nur schwer Vermögen aufbauen. Vergessen wird, dass auf den Betrag von 50.000 Euro brutto noch einmal 15.500 Euro an „Dienstgeberbeiträgen“ dazu kommen, die vom betreffenden Arbeitnehmer zu erwirtschaften sind. Womit der Staat von Bruttoeinkommen in der Höhe von 50.000 Euro im Jahr 33.900 Euro an Steuern und Sozialabgaben kassiert. Das führt zur paradoxen Situation, dass der Staat einen erheblichen Anteil an den Arbeitseinkommen für sich beansprucht, den Bürgern aber gleichzeitig mit dem Einsatz von Steuergeld günstige Mietwohnungen zur Verfügung stellt.

Das alles führt dazu, dass Immobilienvermögen in Österreich sehr ungleich verteilt sind. Nur 7,5 Prozent in der unteren Vermögensverteilungshälfte besitzen auch den Wohnraum, den sie als Hauptwohnsitz nutzen. Daher ist es kein Zufall, dass ausgerechnet Deutschland und Österreich eine besonders hohe Ungleichheit bei der Vermögensverteilung ausweisen. Das Nettovermögen der Wohneigentümer ist im Mittel fast zehnmal so hoch wie jenes der Mieter.

Vergleicht man die Vermögensungleichheit mit dem Anteil der Haushalte mit Wohneigentum, so zeigt sich, dass dadurch ein Großteil der Unterschiede der Vermögensungleichheit zwischen den Ländern erklärbar ist.<sup>44</sup>

<sup>44</sup> Siehe auch EZB (2014b).

## Zusammenhang Vermögensverteilung und Wohneigentum (2010)

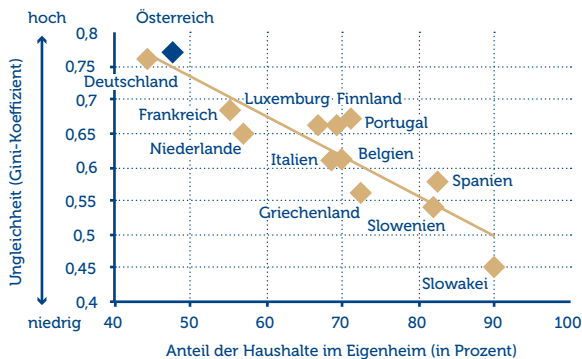


Abb. 16  
Quelle: HFCS.

## Arme Deutsche, vermögende Südländer?

In Ländern, in denen der Anteil an Wohneigentum sehr hoch ist (wie der Slowakei mit 90 Prozent oder Spanien mit 83 Prozent) macht das Wohneigentum auch mehr als die Hälfte des Vermögens aus (in der Slowakei sind es 74 Prozent, in Spanien 53 Prozent). Dies führt umgekehrt aber dazu, dass das Nettovermögen des Medianhaushalts<sup>45</sup> in Deutschland das geringste Vermögen aller 15 untersuchten Länder ausweist – niedriger als jenes der Slowakei oder Portugals. Trotz eines der höchsten BIP pro Kopf in Europa weist auch Österreich ein auffallend niedriges Nettovermögen auf. Würde auch noch die Kaufkraft berücksichtigt, läge Österreich vor Finnland und Deutschland nur mehr an drittletzter Position. Allein diese Zahlen zeigen, wie angreifbar die veröffentlichten Vermögensvermessungen sind.

<sup>45</sup> Das Nettovermögen eines Haushalts ergibt sich aus der Summe aller Vermögenswerte abzüglich der Summe aller Schulden, vgl. Abb. 13. Der Medianhaushalt ist hier jener Haushalt, der gleichviel vermögendere wie weniger vermögende Haushalte innerhalb der Gesellschaft hat.

## Nettovermögen der Haushalte (Median) EU-Vergleich, 2010

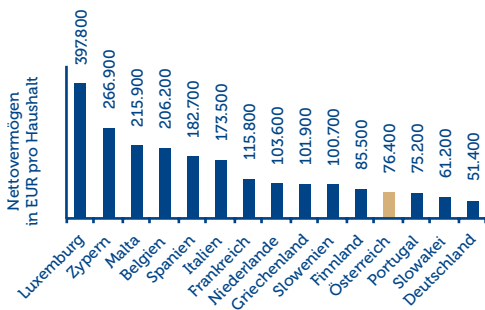


Abb. 17  
Quelle: HFCS.

Zur Erinnerung: Das Medianvermögen zeigt jenen statistischen Wert, bei dem die Hälfte der Haushalte mehr Vermögen besitzt und die andere Hälfte weniger. Besitzt ein österreichischer Haushalt mehr als 76.400 Euro an Vermögen, so gehört er zur vermögenderen Hälfte im Land. Hat ein Haushalt weniger, so wird er der vermögensärmeren Hälfte zugeordnet. Es ist daher ein guter Wert, um das Vermögen in der Mitte der Gesellschaft zu bestimmen.

Das Durchschnittsvermögen hingegen berechnet sich aus dem gesamten Nettovermögen dividiert durch die Zahl der Haushalte. Es zeigt also, wie viel Vermögen ein Haushalt in Österreich hätte, wenn alle Haushalte gleich viel Vermögen besäßen. Würde man die Summe aller Nettovermögen auf die österreichischen Haushalte verteilen, so hätte jeder Haushalt ein Vermögen von 265.000 Euro. Anders als beim Nettomedianvermögen liegen Österreich und auch Deutschland hier im Mittelfeld der Euroländer. Ist das Durchschnittsvermögen deutlich höher als das Medianvermögen, dann deutet dies darauf hin, dass es in der oberen Vermögenshälfte eine überschaubare Zahl von sehr großen Vermögen gibt. Entsprechend ist die Differenz auch tendenziell in jenen Ländern höher, die einen größeren Gini-Koeffizienten aufweisen.

Wenngleich das Medianeinkommen einen besseren Überblick darüber gibt, wie viel Vermögen in der Mitte der Gesellschaft vorhanden ist, so ist das Durchschnittsvermögen ein Maß dafür, wie viel Vermögen es in einer Gesellschaft je Haushalt gibt.

## Nettovermögen der Haushalte (Durchschnitt) EU-Vergleich, 2010

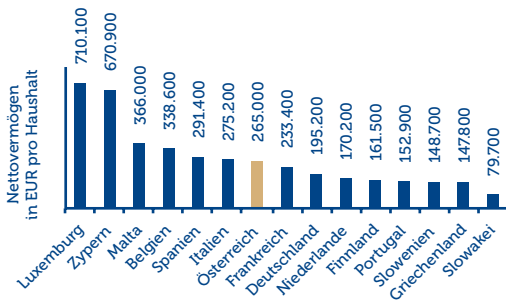


Abb. 18  
Quelle: HFCS.

Aufgrund von Abweichungen der Befragten von der eigentlichen Verteilung in Österreich kann es zu einer Schlagseite in die eine oder andere Richtung kommen. Es zeigt sich, dass die Haushaltsstruktur im HFCS oftmals von jener der Statistik Austria abweicht. So ist die Gruppe der jüngeren Haushalte (16-29 Jahre) mit geringerem Einkommen im HFCS stärker repräsentiert als bei Statistik Austria. Auf der anderen Seite erscheinen Unternehmensbeteiligungen und Wohneigentum im Vergleich zur Statistik Austria unterrepräsentiert.<sup>46</sup> Eine Verteilung, die anstelle der Werte des HFCS jene der Statistik Austria zugrunde lägen, könnte daher anders aussehen als die Ergebnisse im HFCS.

<sup>46</sup> Siehe auch Leidwein (2013).

## Wie die Geldpolitik der EZB die Ungleichheit erhöht

Eine nicht ganz unwesentliche Rolle für die Entwicklung der Vermögen spielt seit Ausbruch der Krise im Jahr 2008 die Europäische Zentralbank. Die lockere Geldpolitik im Euroraum sollte die Wirtschaft in Europa befeuern und der deflationären Preisentwicklung entgegenwirken. Dabei steht die Zentralbank vor der Herausforderung, die enormen Unterschiede hinsichtlich der Inflationsraten in der Eurozone auszugleichen. Während es in den krisengeschüttelten Ländern wie Griechenland oder Spanien zu einer Geldaufwertung (Deflation) kommt, verzeichnen andere Länder, allen voran Österreich, Inflationsraten, die zu einer Geldentwertung führen. Eine Inflation wirkt tendenziell wie eine Umverteilung von unten nach oben. Ursache hierfür ist, dass reiche Personen ihre Vermögen in einer Form anlegen, deren Renditen der Inflation angepasst werden. Kleine Vermögen hingegen werden oftmals direkt konsumiert. Ein Anstieg der Preise reduziert daher umgehend die Kaufkraft.

Seit der Ankündigung der EZB, mindestens bis September 2016 monatlich 60 Milliarden Euro an frischem Geld zusätzlich in den Markt zu leiten, steigen Wertanlagen rapide an. Allen voran die Aktien. So legte der DAX seit Jahresbeginn 2015 bis zum Höhepunkt Mitte April um 27 Prozent zu,<sup>47</sup> der ATX war bis zu

<sup>47</sup> Höhepunkt am 13.04.2015. Inzwischen ist der Kurs durch Marktturnbulenzen wieder zurückgegangen. Am 08.07.2015 datiert der DAX gegenüber Jahresbeginn bei einem Zuwachs von knapp 11 Prozent.



seinem Höhepunkt im Mai mit 23 Prozent<sup>48</sup> im Plus und steht dem DAX somit in nichts nach. Auch die Immobilienpreise sind seit der Krise in die Höhe geschossen. Wohneigentum ist 2014 um knapp 40 Prozent teurer als 2008.<sup>49</sup> Das deshalb, weil viele vermögende Bürger durch die Geldpolitik der EZB mittel- bis langfristig eine hohe Inflation fürchten und deshalb in Immobilien („Betongold“) flüchten. Durch die starke Nachfrage bei einem beschränkten Angebot sind die Preise naturgemäß nach oben geschossen. Dabei kam es aber in vielen Fällen nur zu Buchgewinnen – wer heute eine 120 Quadratmeter-Wohnung um 40 Prozent über dem Preis von 2008 verkauft, zahlt zwar für diese 40 Prozent Wertsteigerung Steuern. Kauft sich dieselbe Person aber wieder eine 120 Quadratmeter-Wohnung derselben Kategorie, sind auch um 40 Prozent mehr zu bezahlen als 2008. Der tatsächliche Gewinn ist also Null bzw. sogar ein Verlust.

Da sowohl Aktienvermögen wie auch Immobilienvermögen in Österreich aus den erwähnten Gründen konzentriert in vergleichsweise wenigen Haushalten auftreten, ist es nicht weiter überraschend, dass die derzeitige Geldpolitik tendenziell ein Auseinanderdriften der Vermögen zur Folge hat.

<sup>48</sup> Höhepunkt am 15.05.2015. Inzwischen ist der Kurs durch Marktunruhen wieder zurückgegangen. Am 08.07.2015 datiert der ATX gegenüber Jahresbeginn bei einem Zuwachs von knapp 8 Prozent.

<sup>49</sup> Siehe Hauspreisindex laut EUROSTAT (Stand April 2015).

## Einmal vermögend, immer vermögend?

Wesentlich bedeutender als die Abbildung des Vermögens zu einem bestimmten Zeitpunkt ist aber die Frage, inwieweit es Menschen möglich ist, im Lauf ihres Lebens die relative Vermögensposition zu verändern. Inwieweit kann es also jemandem gelingen, im Zuge eines Erwerbslebens vom armen Studentenhaushalt zum vermögenden Haushalt aufzusteigen? Diese intra-generationelle Mobilität ist auch Ausdruck der Chancengerechtigkeit. Ist die Mobilität hoch, dann ist es möglich, im Zeitverlauf von einer niedrigen in eine hohe Vermögensgruppe aufzusteigen, aber auch von einer höheren in eine niedrigere abzustiegen.

Da einander die Haushalts-, Verteilungs- und Vermögensstrukturen in Deutschland und Österreich sehr ähnlich sind und für Deutschland die bessere Datenlage vorhanden ist (Daten aus dem sozio-oekonomischen Panel<sup>50</sup>) wird in der Folge darauf Bezug genommen.

<sup>50</sup> Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung, die bereits seit 30 Jahren läuft. Im Auftrag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin werden jedes Jahr in Deutschland etwa 30.000 Befragte in fast 11.000 Haushalten befragt. Die Daten geben Auskunft zu Fragen über Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung oder Gesundheit. Weil jedes Jahr die gleichen Personen befragt werden, können langfristige soziale und gesellschaftliche Trends gut verfolgt werden.

## Vermögensmobilität in Deutschland

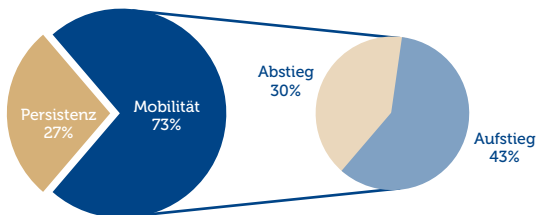


Abb. 19

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW).

Betrachtet man Personen (über 16 Jahre) nach den Vermögensdezilen<sup>51</sup> im Jahr 2002 und ordnet diese zehn Jahre später in die Vermögensverteilung von 2012 ein, so zeigt sich, dass 73 Prozent der Personen einem anderen Vermögensdezil angehören als zehn Jahre zuvor. Lediglich 27 Prozent der Personen sind in ihrem Dezil verblieben (bzw. befinden sich nach zehn Jahren wieder in diesem). Diese überraschend hohe Mobilität zeigt, dass eine Analyse der Verteilung unabhängig vom jeweiligen Lebenszyklus der Personen viel zu kurz greift. Eine hohe Ungleichheit in einem Land kann daher auch Ausdruck dafür sein, dass es Menschen möglich ist, im Laufe des Lebens Vermögen erfolgreich aufzubauen.

Die Mobilität ist sowohl am unteren wie auch am oberen Rand der Vermögensdezile geringer, da hier eine Veränderung nur in eine Richtung möglich ist. Da der Wohlstand insgesamt über die zehn Jahre gestiegen ist und die teilnehmenden Personen zehn Jahre älter und damit tendenziell wohlhabender geworden sind, kommt es zu mehr Aufstiegen als Abstiegen in diesem Zeitraum. Dies führt auch dazu, dass die Persistenz im zehnten Dezil höher ist als im ersten Dezil.

<sup>51</sup> Ein Dezil teilt die zu untersuchende Einheit in zehn gleich große Gruppen. So entspricht das oberste Vermögensdezil der Gruppe mit den vermögendsten zehn Prozent der Haushalte.



## Verteilung und Armut global

### Das Elend verliert an Kraft

Wie man bereits am Beispiel Österreichs gesehen hat, ist die Definition der relativen Armut stark vom Wohlstand innerhalb eines Landes abhängig und kann somit nicht auf die gesamte Welt umgelegt werden. Daher wird weltweit zumeist die Definition der absoluten Armut herangezogen. Als absolut arm gilt jeder, der täglich weniger als 1,25 US-Dollar zur Verfügung hat (kaufkraftbereinigt). Dies trifft aktuell auf rund 1,01 Milliarden Menschen zu. Das sind viel zu viele. Aber die Erfolge in der Bekämpfung der Armut mit Hilfe der fortschreitenden Globalisierung sind doch bemerkenswert. Während 1980 noch rund zwei Milliarden Menschen unterhalb der absoluten Armutsgrenze lebten, sind es heute knapp eine Milliarde, und das obwohl in diesem Zeitraum die Bevölkerung um mehr als drei Milliarden angewachsen ist – vor allem in den ärmeren Ländern.

## Weltweite Entwicklung der Armut und der Bevölkerung

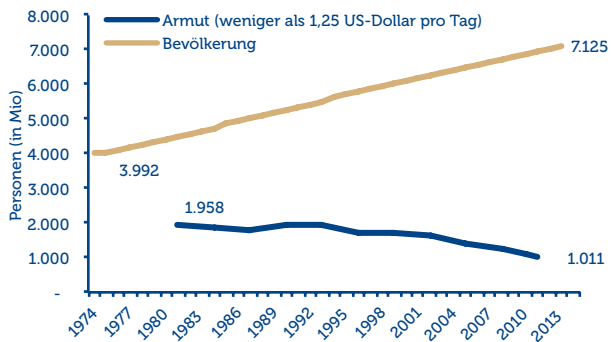


Abb. 20

Quelle: Weltbank.

Anders betrachtet: Während um 1980 noch mehr als 43 Prozent der Weltbevölkerung in absoluter Armut lebten, sind es aktuell (2011) „nur mehr“ 14,5 Prozent. Das sind um 14,5 Prozent Arme zu viel, was aber nichts daran ändert, dass das Elend an Kraft verloren hat. Diese Entwicklung ist kein Zufall, sie korreliert mit der Globalisierung der Märkte. Mit Ausnahme von Burma, Venezuela, Zimbabwe, Hongkong und den USA ist die wirtschaftliche Freiheit heute in allen Ländern höher als vor 30 Jahren. Der Wegfall von Handelsbarrieren ermöglichte es Bewohnern ärmerer Regionen, am Welthandel teilzunehmen, dort ihre komparativen Kostenvorteile auszuspielen und ihren extrem niedrigen Lebensstandard langsam zu steigern.

Schon in knapp zwei Jahrzehnten werden 60 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung aus den heute noch wenig an der Globalisierung teilnehmenden Entwicklungs- und Schwellenländern kommen. Damit werden die armen Regionen ihren Anteil an der Weltwirtschaft innerhalb von drei Jahrzehnten um fast 50 Prozent gesteigert haben. Wer hätte so etwas je für möglich gehalten?

„Ja, aber...“, ist an den gut gedeckten Tischen der westlichen Wohlstandsgesellschaften immer wieder zu hören. Nicht ganz zu Unrecht. Weil ja noch immer Menschen in der Dritten Welt verhungern. Doch die Lage bessert sich. Wer heute in einem der Entwicklungsländer das Licht der Welt erblickt, hat ungleich höhere Chancen als seine Vorfahren, seine Geburt



zu überleben. In China ist die Säuglingssterblichkeit um 85 Prozent gesunken, in Indien um zwei Drittel, in Afrika hat sie sich seit 1970 halbiert. Neun von zehn Kindern besuchen heute eine Grundschule, fast 80 Prozent der Weltbevölkerung haben Zugang zu elektrischem Strom. Die Produktivität in den Entwicklungsländern ist dennoch niedrig, wofür vor allem schlechte Ausbildung, fehlende Infrastruktur, Korruption und Krieg verantwortlich sind. Ungeachtet dessen konnten Länder, die sich wirtschaftlich geöffnet haben, einen Aufholprozess in Gang setzen.

## Die Entwicklung der globalen Einkommensverteilung

Wenn von der Verteilung von Einkommen gesprochen wird, so wird meist an die Verteilung innerhalb des eigenen Landes gedacht. Im Zuge der Globalisierung ist aber auch die Entwicklung der weltweiten Einkommensverteilung interessant. Im Zeitalter von nahezu freiem Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr sowie des Internets sind Menschen und Volkswirtschaften vernetzt wie nie zuvor. Kapital und Arbeit verlieren zunehmend an regionaler Bindung.

Die globale Einkommensverteilung kann mittels dreier Messmethoden ermittelt werden – die drei unterschiedliche Ergebnisse liefern:

- » Konzept 1: Die Verteilung wird anhand der Median-Einkommen der Länder gemessen. Jedes Land wird gleich gewichtet, die Bevölkerungsgröße spielt keine Rolle. Stark vereinfacht ausgedrückt haben Änderungen der Verteilung in einem kleinen Land wie Zypern dieselbe Auswirkung wie Veränderungen in einem großen Land wie China.
- » Konzept 2: Die Verteilung wird anhand der Median-Einkommen der Länder gemessen. Jedes Land wird aber nach der Bevölkerungszahl gewichtet. Änderungen der Verteilung in einem großen Land wie China haben somit größere Auswirkungen als Änderungen in Zypern.
- » Konzept 3: Die Verteilung wird anhand personenbezogener Einkommen aus allen Ländern berechnet. Alle statistisch vorhandenen Individualdaten werden zur Auswertung herangezogen.

Von Globalisierungskritikern wird gerne Konzept Nummer 1 gewählt, während Globalisierungsbefürworter Konzept Nummer 2 bevorzugen. Warum? Wir sehen, dass der Gini-Koeffizient in Konzept 1 während der Zeit der Globalisierung anstieg und erst seit 2000 wieder fällt – die Ungleichheit zwischen den Ländern seitdem also gestiegen ist. Hier werden jedoch die unterschiedlichen Bevölkerungsgrößen der Länder nicht berücksichtigt. Konzept 2 macht genau das, demzufolge weist das Zeitalter der Globalisierung auch einen starken Rückgang der Ungleichheit zwischen den Ländern aus. Dies jedoch lässt die Verteilung innerhalb der einzelnen Länder außer Acht.

Konzept 3 kann als die beste Methode der Verteilungsbestimmung gesehen werden. Da dafür jedoch Individualdaten benötigt werden, ist die Bestimmung erst seit Ende der 1980er Jahre möglich. Hier sieht man einen leichten Anstieg der Ungleichheit bis 2000, seither jedoch wieder einen Abwärtstrend.

## Weltweite Einkommensverteilung – unterschiedliche Messmethoden

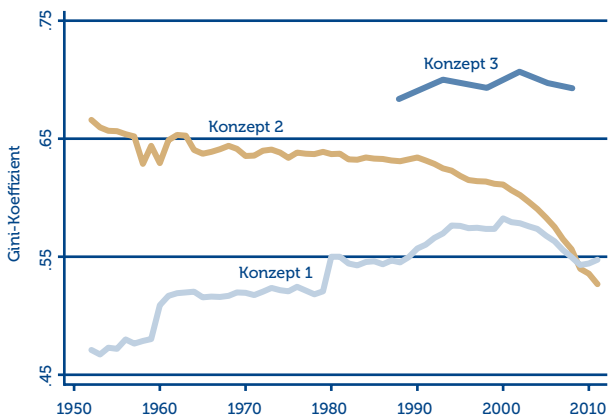


Abb. 21  
Quelle: Milanovic (2013).

„Wenn wir den letzten Punkt (von Konzept 3, Anm.) mit ein paar anderen aus früheren Jahren vergleichen, sehen wir etwas, das historisch bedeutsam sein mag: Vielleicht zum ersten Mal seit der Industriellen Revolution dürfte es einen Rückgang der globalen Ungleichheit geben. Zwischen 2002 und 2008 sank der globale Gini-Koeffizient um 1,4 Punkte. Daraus dürfen wir nicht übereilt schließen, dass das, was wir in jüngster Zeit sehen, einen echten oder nicht umkehrbaren Rückgang oder einen neuen Trend darstellt, weil wir nicht wissen, ob sich der Rückgang der globalen Ungleichheit auch in den nächsten Jahrzehnten fortsetzen wird. Es ist bis jetzt ein winziger Rückgang, ein Knick im Trend, aber in der Tat ein hoffnungsvolles Zeichen. Zum ersten Mal in beinahe 200 Jahren – nach einem langen Zeitraum, in dem die globale Ungleichheit anstieg und dann ein sehr hohes Niveau erreichte – könnte sie einen Weg nach unten einschlagen.“<sup>52</sup>

<sup>52</sup> Eigene Übersetzung; im Original: „If we compare this last dot with a couple of dots for the earlier years, we see something that may be historically important: Perhaps for the first time since the Industrial Revolution, there may be a decline in global inequality. Between 2002 and 2008, global Gini decreased by 1.4 points. We must not rush to conclude that what we see in the most recent years represents a real or irreversible decline, or a new trend, since we do not know if the decline of global inequality will continue in the next decades. It is so far just a tiny drop, a kink in the trend, but is indeed a hopeful sign. For the first time in almost two hundred years - after a long period during which global inequality rose and then reached a very high plateau - it may be setting onto a downward path.“ Milanovic (2013).

Zum ersten Mal seit 200 Jahren scheint es also einen leichten Abwärtstrend in der globalen Einkommensungleichheitsverteilung zu geben. Es ist zu vermuten, dass dies vor allem mit der Öffnung der Märkte zu erklären ist, die auch dazu geführt hat, dass z.B. Dienstleistungen mittels Internet in andere Länder ausgelagert werden können.

Um die Gründe für die – gemäß Messkonzept Nummer 1 bis zum Jahr 2000 gestiegene – globale Ungleichheit zu erklären, ist es wichtig, die Entwicklung in den einzelnen Bevölkerungsgruppen zu analysieren. Mit Hilfe des Theil-Index werden Unterschiede zwischen den Ländern (Geburtsland) und innerhalb der Länder (soziale Zugehörigkeit) gezeigt. Dabei wird eine interessante Entwicklung sichtbar:

## Was bestimmt die weltweite Einkommensverteilung? Soziale Zugehörigkeit vs. Geburtsland

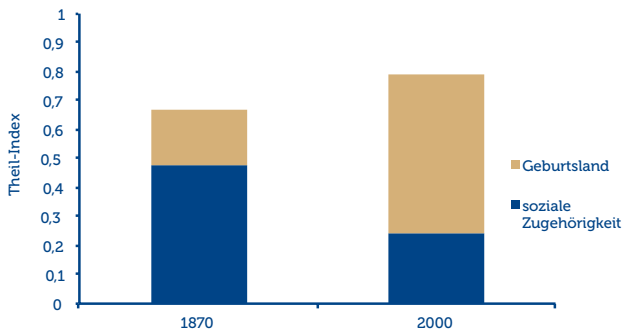


Abb. 22

Quelle: Milanovic (2013).

Während also im Jahr 1870 mehr als zwei Drittel der Ungleichheit noch durch Unterschiede innerhalb der Länder (soziale Zugehörigkeit) zu erklären sind, so sind heute mehr als zwei Drittel auf die regionale Komponente, also auf die Unterschiede zwischen den Ländern, zurückzuführen.

Das „Geburtsland“ zeigt jene Ungleichheit auf, die sich aus den unterschiedlich hohen Einkommen der einzelnen Länder ablesen lässt. „Soziale Zugehörigkeit“ hingegen ist jener Teil der Ungleichheit, der innerhalb eines Landes entsteht – also der Unterschied zwischen armen und reichen Amerikanern, zwischen armen und reichen Chinesen. Wie Abbildung 22 verdeutlicht, ist das Geburtsland heute weitaus wichtiger geworden als die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht innerhalb eines Landes. Das heißt: Heute ist es deutlich unwichtiger, in ein privilegiertes Elternhaus geboren zu werden als in einem Land aufzuwachsen, das ausreichend globalisiert ist und so am weltweit wachsenden Wohlstand teilnimmt.

Abschließend sollte erwähnt werden, dass die Einkommensunterschiede in den einzelnen Ländern also tendenziell zurückgehen, die Länder allerdings zum Teil weiter auseinander driften. Dies liegt nahezu ausschließlich an afrikanischen Ländern, die in der Entwicklung immer noch weit hinterher hinken und die auch politisch sehr instabil sind. Nicht zuletzt deshalb ist Afrika auch tendenziell vom Handel mit der Welt ausgeschlossen und es fließt verhältnismäßig wenig Kapital nach Afrika. Neue Prognosen (siehe Hellebrandt und Mauro, 2015) gehen davon aus, dass die Einkommen weltweit gleichmäßiger verteilt sein werden, nicht zuletzt aufgrund der prognostizierten positiven Entwicklungen in den afrikanischen Subsahara-Ländern und in Indien.

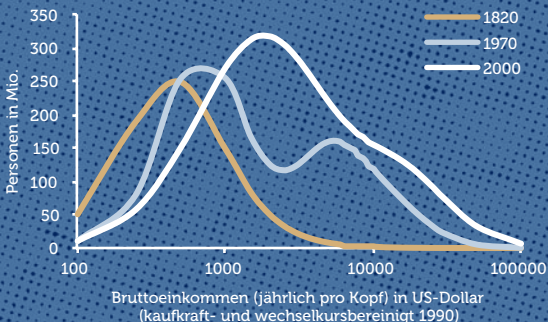


## Die Entwicklung der globalen Einkommensverteilung im Detail

Die langfristige Entwicklung der globalen Einkommensentwicklung wird in diversen Studien untersucht. Den langfristigen Trend zeigt zuletzt die OECD (2014) auf. Dabei zeigt sich eine eindeutige Rechtsverschiebung der Verteilung: Immer mehr Menschen haben immer mehr Geld zur Verfügung. Da die Einkommen sowohl kaufkraftbereinigt als auch wechselkursbereinigt sind, kann man daraus schließen, dass im Jahr 2000 die meisten Menschen mehr Einkommen zur Verfügung hatten als das noch vor 30 oder gar 170 Jahren der Fall war.

Auch die Twin-Peak Verteilung des Jahres 1970 (Entwicklungsländer vs. Industrieländer) ist mittlerweile Geschichte – nicht zuletzt aufgrund der Globalisierung haben die Entwicklungsländer stark aufgeholt und können den Abstand allmählich schließen.

## Die langfristige Entwicklung der globalen Einkommensverteilung



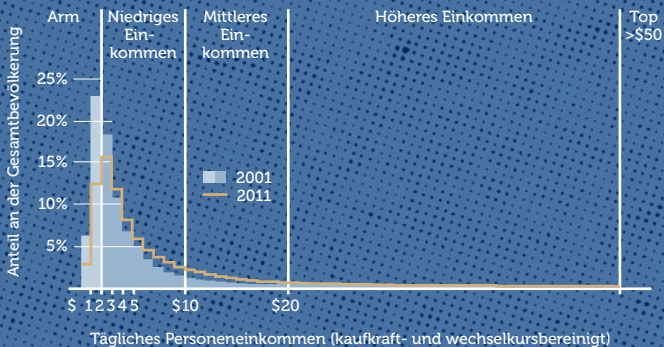
Quelle: OECD (2014).

Bemerkenswert ist auch eine Analyse von Kochhar (2015), mit deren Hilfe die Veränderung der globalen Einkommensverteilung im letzten Jahrzehnt im Detail gezeigt werden kann: Im Jahr 2001 mussten noch 23 Prozent der Weltbevölkerung mit einem täglichen Einkommen zwischen ein und zwei US Dollar auskommen.

**103** Im Jahr 2011 waren es nur mehr 13 Prozent.

Immer mehr Menschen rücken aus der Armut in Kategorien mit einem höheren Einkommen auf (in der Grafik unten wandert die Verteilung also nach rechts). Trotzdem ist es immer noch so, dass die meisten Personen mit einem Einkommen unter zehn US-Dollar pro Tag leben müssen.

### Die Entwicklung der globalen Einkommensverteilung im letzten Jahrzehnt



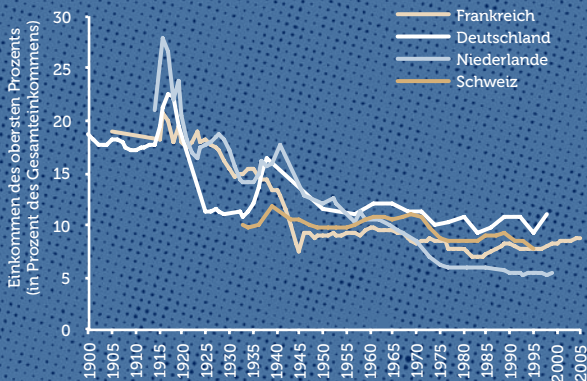
## Die Entwicklung der Top-Einkommensbezieher

Die globale Analyse verdeckt strukturelle Unterschiede wie etwa Demografie oder Steuersysteme zwischen Ländern. So ist die langfristige länderspezifische Entwicklung sehr heterogen, was wiederum bedeutet, dass allgemeine Aussagen, wie etwa „Die globale Ungleichheit ist gestiegen“, problematisch sind. Beispielhaft ist hier die Analyse von Saez et al. (2011), die vor allem deswegen interessant ist, weil sie eine langfristige Entwicklung der Top-Einkommensbezieher (höchstes Prozent) in diversen Ländern zeigt.

Auch hier ist wiederum eine differenzierte Betrachtungsweise wichtig, da ein Anstieg des Einkommens des obersten Prozents nicht bedeutet, dass die unteren 99 Prozent der Einkommensverteilung dadurch weniger Einkommen erhalten. Es ist lediglich eine relative Maßzahl. Die Einkommen des obersten Prozents könnten aber stärker steigen als die der unteren 99 Prozent.

Saez et al. (2011) zeigen auf, dass sich die wohlhabenderen Länder unterschiedlich entwickeln. So hat sich im langfristigen Trend in Mitteleuropa das relative Einkommen des obersten Prozents stark nach unten entwickelt. Gleiches gilt für Süd- und Nordeuropa (die allerdings seit 2000 einen leichten Anstieg verzeichneten).

## Einkommen des obersten Prozents (Spitzenverdiener) in Mitteleuropa



Quelle: Saez et al. (2011).

In den angelsächsischen Ländern ist die Entwicklung hingegen etwas anders. Hier zeigt die langfristige Entwicklung eine U-Form. Die empirische Evidenz für Mitteleuropa zeigt, dass keine Zunahme in der relativen Ungleichheit zwischen dem obersten Prozent und den restlichen 99 Prozent feststellbar ist.

## Die Vermögensverteilung global oder: Der raffinierte Alarmismus von Oxfam

Ähnlich den nationalen Berichten zur Einkommensverteilung konstatieren internationale Untersuchungen oftmals ein Auseinanderdriften von Reich und Arm hinsichtlich der Vermögen. Oxfam, ein NGO-Verband verschiedener Hilfs- und Entwicklungsorganisationen, berichtet hier von dramatischen Entwicklungen, wonach das reichste Prozent der Welt schon bald die Hälfte des globalen Vermögens besitzen würde – eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, die eben die Folge von Kapitalismus und Globalisierung sei. Gierige Großkonzerne beuten laut Oxfam arme Arbeiter rücksichtslos aus, weshalb die Welt heute ungerecht sei wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. Aber ist es wirklich so, dass ein System, das hunderte Millionen von Menschen aus der bittersten Armut geführt hat, am Ende doch nur den Reichsten der Reichen hilft?

Oxfam beruft sich bei seinen Aussagen auf Daten des „Global Wealth Reports“ von Credit Suisse.<sup>53</sup> Eine unverdächtige Quelle für Kapitalismuskritiker, die bereits seit Jahren Berichte zur Verteilung von Vermögen in der Welt erstellt. Daher lässt sich die Entwicklung auch über eine längere Zeit mit konsistenten Daten zeigen. Eine erste Erkenntnis, die von Credit Suisse aus

<sup>53</sup>Die Daten von Credit Suisse beziehen sich auf verfügbare Daten der Statistikämter bzw. auf Studien zu diesem Thema. Sollte es keine offiziellen Daten geben, so werden Daten zu Variablen verwendet, die stark mit Vermögen korrelieren.

dem Vergleich der Zeitreihe bis 2014<sup>54</sup> zieht, ist, dass zwischen 2000 und 2007 die Vermögensverteilung global gleicher geworden ist. Dies trifft weltweit und auf alle Kontinente zu, trotz der stark ansteigenden Ungleichverteilung der Vermögen in aufstrebenden Nationen wie China oder Indien. 2007 kommt es im Zuge der Finanzkrise jedoch zu einem Bruch dieses Trends und einer wieder ungleicher werdenden Vermögensverteilung. So verfügen 2014 die obersten 0,7 Prozent der Vermögenden über 44 Prozent des weltweiten Vermögens. Es ist aber wichtig, zu verstehen, was hier verglichen wird und welche Einflüsse hier eine Rolle spielen.

Anders als bei der Verteilung innerhalb eines Landes, wo man Vermögensarme und Vermögensreiche vergleicht, kommt es hier zu einem Vergleich zwischen breiten Schichten entwickelter Länder mit jenen der Schwellen- und Entwicklungsländer. Suggestiert wird von Oxfam, dass sich ein paar Superreiche das ganze Vermögen gekrallt hätten. Um dieses Bild in den Köpfen der Menschen festzusetzen, wird verschwiegen, dass ein europäischer Durchschnittshaushalt zu den obersten fünf Prozent der weltweiten Vermögensverteilung zählt. Mit etwa 4.000 US-Dollar an Vermögen schafft man es in die obere Hälfte der Verteilung. Neun von zehn Haushalten in Österreich zählen also zur reicheren Hälfte der Welt. Das reichste Prozent sind etwa 80 Millionen Menschen. Der erreichte Status definiert sich hier also fast ausschließlich durch den Ort der Herkunft.

<sup>54</sup> Siehe Credit Suisse (2014).

Verglichen wird außerdem das Nettovermögen (Bruttovermögen abzüglich Verschuldung) der Haushalte zu einem Stichtag. Vermögen ändert sich aber im Verlauf eines Lebens. Die Möglichkeit, sich zu verschulden, hängt zudem sehr stark von dem Entwicklungsniveau des Finanzmarktes und dem eigenen Vermögen ab. Dies führt dazu, dass es mehr Amerikaner und Europäer im untersten Vermögensdezil gibt als Chinesen. Denn die untersten Dezile der Nettovermögen bestehen aus negativen Vermögenswerten und öffnen damit die Spreizung der Vermögen auch nach unten hin. Diese Personen müssen aber keinesfalls (einkommens-)arm sein.<sup>55</sup>

Vergleicht man die Vermögen zwischen den Ländern, dann muss auch klar sein, dass hier eine Vielzahl von Kriterien Einfluss hat, die hierzulande von eher untergeordneter Bedeutung sind. Der Erwerb von Immobilienvermögen hängt beispielsweise sehr stark von der Rechtssicherheit oder der Infrastruktur ab. In Ballungszentren ist Grundbesitz teurer als in ländlichen Gebieten. Aber es ist natürlich auch so, dass der Grundbesitz in Entwicklungsländern verglichen mit Europa oder den USA nur einen Bruchteil an Wert hat. Ein durchschnittlicher Hausbesitzer z.B. in Nicaragua hat demnach zwangsläufig ein anderes Vermögen in seiner Immobilie als ein Schweizer, obgleich die Immobilie die selben Aufgaben erfüllt.<sup>56</sup> Um auf den gleichen

<sup>55</sup> Ein junger Harvard-Absolvent, der einen Bildungskredit aufgenommen hat, ist verschuldet, darf sich aufgrund der guten Ausbildung aber über ein sehr hohes Jahreseinkommen in der Zukunft freuen.

<sup>56</sup> Entscheidend ist hierbei nicht nur die höhere Kaufkraft in der Schweiz, sondern auch die größere Nachfrage nach Immobilien in einem Land mit entwickelter Infrastruktur.



Immobilienwert einer Wohnung im 1. Wiener Bezirk zu kommen, müssten in Burkina Faso ganze Landstriche besessen werden. Dies soll nicht vor Problemen in Afrika hinwegtäuschen. Natürlich gibt es eine große Vermögensungleichheit zwischen den Ländern. Und natürlich ist dies ein unerwünschter Zustand. Aber die Ursachen für die Vermögensungleichheit in Österreich sind ganz andere als jene der globalen Verteilung.

Die Vermögenszuwächse in den reicheren Ländern<sup>57</sup> sind nicht zuletzt durch Aktien- und Immobilienmärkte getrieben. Aktien und Immobilien sind ihrerseits wieder relativ ungleich verteilt, das gilt vor allem für Unternehmensbeteiligungen, welche in den Händen weniger konzentriert sind.<sup>58</sup> Die Aktienmärkte haben jedoch nach der Finanzkrise eine beispiellose Aufholjagd hingelegt. Nicht zuletzt die lockere Geldpolitik der EZB (bzw. bereits deutlich früher die Federal Reserve in den USA) hat hier den Trend beschleunigt. So ist der DAX wie erwähnt von Jahresbeginn 2015 auf seinen Höchststand Mitte April um 27 Prozent gestiegen.<sup>59</sup> Inwieweit diese Entwicklung auf die Verteilung von Vermögen wirkt, hängt besonders davon ab, wie diese Anlagen in der Bevölkerung verteilt sind. In den USA gibt es eine breite Mittelschicht mit Wohneigentum, in Österreich ist der Anteil deutlich geringer.

<sup>57</sup> Besonders in den USA, sowie in breiten Teilen Europas ist dies zu beobachten.

<sup>58</sup> Dies hat weniger damit zu tun, dass die anderen Menschen keine finanziellen Möglichkeiten hätten, vielmehr misstrauen sie den Märkten und sind für die möglichen Wertgewinne zu risikoscheu.

<sup>59</sup> Höchststand am 13.04.2015. Inzwischen ist der Kursgewinn durch Marktturbulenzen wieder zurückgegangen. Zum 08.07.2015 datiert der DAX bei einem Kursgewinn von knapp 11 Prozent seit Jahresbeginn.

Auch die Teilhabe an Aktienvermögen ist in Österreich auf eine relativ kleine Gruppe konzentriert, sodass eine Wertsteigerung hier tendenziell die Verteilung ungleicher erscheinen lässt.

Zu guter Letzt ist die Entwicklung im genannten Global Wealth Report sehr stark von den Wechselkursen abhängig. So hat der Euro 2014 gegenüber dem US-Dollar innerhalb eines Jahres um fünf Prozent an Wert gewonnen (im Jahr 2015 wird es hingegen zu einer starken Abwertung kommen), die Währung der Ukraine hingegen hat 30 Prozent an Wert verloren.<sup>60</sup> Die jährlichen Veränderungen sind daher mit Vorsicht zu genießen.



## Zusammenfassung

Es ist nicht zielführend, Armut mit einer ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen gleichzusetzen. In einem Land können alle arm und damit einer gleichen Verteilung ausgesetzt sein. Eine Situation, in der alle reich sind, wird von den meisten Menschen wohl bevorzugt werden. Aber auch das Maß der relativen Armut zeigt, dass selbst eine wohlhabende Nation, in der zwar alle vergleichsweise reich, aber manche eben noch reicher sind, immer von (relativer) Armut begleitet sein wird.

Im internationalen Vergleich weist Österreich eine geringe Armutsgefährdung aus. Zweifellos ist das ein Erfolg des hiesigen Sozialstaats und der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft. Zudem ist es gelungen, die Armut in den letzten Jahren weiter zurückzudrängen. Ungeachtet dessen gibt es in Österreich noch immer Armut, aber es geht den Armen heute relativ besser als früher. So steigt die Schwelle, ab der jemand als armutsgefährdet gilt, stetig an und liegt im europäischen Vergleich mittlerweile auf einem der höchsten Werte. Im Vorjahr galt eine Person als armutsgefährdet, die weniger als 1.161 Euro netto im Monat zur Verfügung hatte.

Die Ungleichheit der Einkommen zeigt im Trend für Österreich (mit Schwankungen) einen leichten, kaum messbaren Zuwachs. Strukturelle

Veränderungen wie Demografie, Bildung, Migration, Haushaltsstrukturen und Arbeitsmarkt haben erheblichen Einfluss auf die Verteilung der Einkommen. Vor allem der Trend in die Teilzeit kann die Entwicklung der Einkommensungleichheit beeinflussen, der hier nicht vernachlässigt werden darf. Diese und andere strukturellen Veränderungen geben einen Einblick in die Gründe für die Entwicklung der Einkommensverteilung.

Ein Anstieg der Pensionierungen, die starke – meist freiwillige – Wahl von Teilzeitarbeit oder das frühere Ausziehen aus der elterlichen Wohnung erhöhen rein statistisch die Ungleichheit der Einkommen. Diese Trends werden sich in den kommenden Jahren vermutlich noch verstärken, weshalb davon auszugehen ist, dass die gemessene Ungleichheit tendenziell steigen wird. Dies ist jedoch kein Zeichen eines außer Kontrolle geratenen Wirtschaftssystems, sondern vielmehr ein Zeichen eines funktionstüchtigen Wohlfahrtsstaates, in dem es sich heute mehr Menschen leisten können, weniger zu arbeiten und früher eine eigene Wohnung zu beziehen. Gleichzeitig wird sich das Verhältnis von Aktiven zu Inaktiven erhöhen, wodurch die Ungleichverteilung der Einkommen automatisch steigen wird, schon aufgrund des Einkommensabfalls, der mit der Pensionierung einhergeht.

Während die Einkommen vergleichsweise gleichmäßig verteilt sind, ist bei den Vermögen der exakt gegenteilige Befund festzustellen. In kaum einem Land

sind die Vermögen ungleicher verteilt als in Österreich – zumindest laut Statistik. Anders als behauptet gibt es dafür aber eine ganze Reihe an Erklärungen. Da Vermögen meist zuerst angespart werden muss, erscheint es nachvollziehbar, dass die Verteilung hier weniger gleich ist als bei den Einkommen, die im Lauf des Lebens erzielt werden. Ältere Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und gespart haben, weisen so oftmals weit höhere Vermögen auf als ein Uni-Absolvent bei Antritt seiner ersten Beschäftigung. Klar ist also, dass eine Person am Ende des Erwerbslebens über ein höheres Vermögen verfügt als eine Person, die erst am Beginn der Karriere steht. Das führt dazu, dass in puncto Vermögen durchaus Mobilität innerhalb einer Generation zu erkennen ist. Eine Betrachtung der Vermögensverteilung zeigt demnach nicht nur den Unterschied zwischen sehr Erfolgreichen und weniger Erfolgreichen, sondern eben auch den Unterschied zwischen Jung und Alt.

Darüber hinaus zeigt sich, dass die Sache ganz anders aussähe, würden die staatlichen Pensionsvermögen berücksichtigt. Österreich läge dann plötzlich wieder im europäischen Mittelfeld.

Markant ist, dass auch in Deutschland die Vermögen besonders ungleich verteilt sind. Ebenso fällt auf, dass diese beiden Länder den höchsten Mieter-Anteil der untersuchten Länder aufweisen – und damit den niedrigsten Wert an Eigenheimbesitzern. Das ist auch politisch gewollt, schließlich fördert der Staat das

Mieten über die Bereitstellung günstigen Wohnraums deutlich stärker als den Erwerb von Eigenheimen. Das erhöht naturgemäß die Ungleichheit, zumal das Eigenheim traditionell den höchsten Vermögenswert eines Haushalts darstellt. Das wirft die Frage auf, warum Österreich gerade das Mietverhältnis so stark fördert, würde doch die Förderung von Wohneigentum die Ungleichheit nachhaltig reduzieren.

Der Unterschied im internationalen Nettovermögen lässt sich für Österreich gut zur Hälfte auch durch die unterschiedlichen Haushaltsstrukturen erklären. Hierzulande sind die Haushalte deutlich kleiner als in anderen Ländern, insbesondere durch den ungebrochen starken Trend hin zu Single-Haushalten. Dadurch sinkt das Haushaltsvermögen, wodurch die Ungleichverteilung steigt.

Während staatliche Eingriffe über Steuern und Umverteilung meist mit einer gleicheren Verteilung assoziiert werden,<sup>61</sup> gibt es eine Reihe von Interventionen, die eher die Ungleichheit steigern lassen. Ein stark ausgebautes Sozialsystem senkt die Anreize zur privaten Vorsorge und führt zu einem erhöhten Gegenwartskonsum. So kommt es beispielsweise dazu, dass die oft als Vorbilder verstandenen skandinavischen Länder Dänemark, Norwegen und Schweden allesamt eine hohe Vermögensungleichheit ausweisen.<sup>62</sup> Das Angebot an öffentlichem und günstigem (geförderten) Wohnraum zur Miete setzt Anreize zu mieten statt sich Immobilienvermögen anzueignen,

<sup>61</sup> Von indirekten Wirkungen über das Wirtschaftswachstum abgesehen.

<sup>62</sup> Siehe Credit Suisse (2013).

so wie das in deutlich ärmeren Volkswirtschaften geschieht. Eine hohe Staatsverschuldung setzt Anreize auf schnellen Konsum, weil eine Entwertung des Geldes zu erwarten ist. Das senkt die Sparquote. Zudem bläht sie bestimmte Arten von Vermögen wie Immobilien oder Aktien auf und verstärkt auf diese Art die Ungleichheit.

In der globalen Betrachtung zeigt sich die Erfolgsgeschichte von Freihandel und Globalisierung. Laut der Weltbank hat sich die Zahl der weltweit von Armut betroffenen Menschen auf der Welt in den vergangenen 30 Jahren auf etwa eine Milliarde Menschen halbiert. Dies sind immer noch viel zu viele Menschen, die in bitterer Armut leben, aber gerade unter Berücksichtigung des enormen Bevölkerungswachstums ist dies vor allem in ärmeren Ländern eine positive Entwicklung.

Auch die globale Einkommensverteilung zeigt in ihrer Tendenz über die Jahre hinweg eine Entwicklung hin zu mehr Gleichheit. Die Ungleichheit von Einkommen ist nun nicht mehr durch Klassen innerhalb einer Gesellschaft begründet, sondern wird durch den Geburtsort definiert. Ländern, die sich dem freien Markt öffnen, geht es hier durchweg besser als jenen, die sich dieser Entwicklung verschließen.

Die globale Ungleichheit ist noch nicht besiegt. Aber es gibt deutlich sichtbare Schritte in die richtige Richtung. Mit mehr Freiheit, Globalisierung, Innovation und Wachstum.





## Literatur

Andraesch, M. et al. (2013): „HFCS des Eurosystems – Möglichkeiten und Einschränkungen von Ländervergleichen im Euroraum“, Statistische Nachrichten 9/2013.

Brandolini, A., und D'Alessio, G. (2001): „Household structure and income inequality“, Centre for Household, Income, Labour and Demographic Economics Working Paper N. 6/2001.

Credit Suisse (2013): „Global Wealth Report 2013“.

Credit Suisse (2014): „Global Wealth Report 2014“.

Deckl, S. (2012): „Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland und der Europäischen Union – Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012“, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik.

DIW (2010): „Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit – aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen“, DIW Wochenbericht Nr. 03/2010, Berlin.

Europäische Kommission (2013): „The distribution of wealth between households“, Research note 11/2013.

EZB (2013): „The Eurosystem household finance and consumption survey – Results from the first wave“, Statistical Paper Series No 2.

EZB (2014a): „Net wealth across the euro area – Why household structure matters and how to control for it“, Working Paper Series No 1663.

EZB (2014b): „Household wealth in the euro area – The importance of intergenerational transfers, home-ownership and house price dynamics“, Working Paper Series No 1690.

Frick, J. und Grabka, M. (2009a): „Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland“, DIW-Wochenbericht, 4/2009, 54-67.

Frick, J. und Grabka, M. (2009b): „Zur Entwicklung der Vermögensungleichheit in Deutschland“, Berliner Journale für Soziologie.

Frick, J., Grabka, M. und Sierminska, E. (2007): „Representative Wealth Data for Germany from the German SOEP: The Impact of Methodological Decisions around Imputation and the Choice of the Aggregation Unit“, DIW Berlin Discussion Paper, 562, Berlin.

Grabka, M. und Westermeier, C. (2014): „Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland“, DIW Wochenbericht 9/2014, 151-164.

Guerin, B. (2013): „Demography and Inequality: How Europe's changing population will impact on income inequality“, RAND Europe, European Commission.

Hauser, R. (2007): „Integrierte Analyse von Einkommen und Vermögen – Forschungsstand und Ausblick“.

Hellebrandt, T. und Mauro, P. (2015): „The Future of Worldwide Income Distribution“, Peterson Institute for International Economics, Working Paper No. 15-7.

IHS (2013): „Zur Besteuerung von Vermögen in Österreich – Aufkommen, Verteilung und ökonomische Effekte“, Projektbericht.

Kallweit, M. und Weigert, B. (2014): „Fallacies of redistributive policies“, Arbeitspapier 07/2014, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden.

Knell, M. (2013): „The Austrian System of Individual Pension Accounts – An Unfinished Symphony“, Monetary Policy & Economy: Quarterly Review of Economic Policy, 47-62.

Kochhar, R. (2015): „A Global Middle Class Is More Promise than Reality. From 2001 to 2011, Nearly 700 Million Step Out of Poverty, but Most Only Barely“, PEW Research Center.

Lamei, N. und Till-Tentschert, U. (2005): „Messung von Armutsgefährdung und Deprivation“, Statistische Nachrichten 4/2005.

Leidwein, A. (2013): „Vermögensverteilung – Wie man Österreich in arm und reich einteilen kann“, in: Academia 03/2013.

Marin, B. (2013): „Welfare in an Idle Society. Reinventing Retirement, Work, Wealth, Health, and Welfare“, Ashgate Publishing Limited.

Milanovic, B. (2013): „Global Income Inequality in Numbers: in History and Now“, Global Policy 4.2 (2013): 198-208.

OECD (2011a): „Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising“, Paris: OECD.

OECD (2011b): „Growing Income Inequality in OECD Countries: What Drives it and How Can Policy Tackle it?“, Forum, Paris, 2 May 2011.

OeNB (2012): „Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010 – Erste Ergebnisse für Österreich“, Quartalsbericht zu Geld- und Wirtschaftspolitik Q3/12.

OeNB (2014): „Paradaten im HFCS Austria 2010 – Teil 1: Evaluierung von Non-Response-Fehlern“, Statistiken Q1/14.

Reed, D., und Cancian, M. (2001): „Sources of Inequality: Measuring the Contributions of Income Sources to Rising Family Income Inequality“, Review of Income and Wealth 47.3: pp.321–333.

Rognlie, M. (2015): „Deciphering the fall and rise in the net capital share“, Brooking Papers on Economic Activity.

Sachverständigenrat (2009): „Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen“, Jahrgutachten 2009/10, Wiesbaden.

Sachverständigenrat (2014): „Arbeit und Soziales: Neue Beschäftigungshürden und Verteilungskonflikte“, Jahrgutachten 2014/15, Wiesbaden.

Saez, E. (2011): „Top Incomes in the Long Run of History“ with Tony Atkinson and Thomas Piketty, *Journal of Economic Literature*, 49(1), 3-71.

Statistik Austria (2013): „Tabellenrand EU-SILC 2013 – Einkommen, Armut und Lebensbedingungen“, Wien.

Statistik Austria (2015): „Vorläufige EU-Indikatoren zu sozialer Eingliederung aus EU-SILC 2014“.

Von Weizsäcker, R. (1995): „Public Pension Reform, Demographics, and Inequality“, Centre for Economic Policy Research Discussion Paper 978.

WIFO (2010): „Langjähriger Vergleich der Kaufkraft zeigt Veränderungen des Lebensstandards auf“, Presseaussendung vom 30.12.2010.

WIFO (2011): „Entwicklung der Kaufkraft zeigt Veränderungen von Lebensstandards auf“, Presseaussendung vom 29.12.2011.

ISBN: 978-3-200-04247-6





